

**UNIA**



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

# work

**Kartoffel-Krawalle: Schweizerinnen im Klassenkampf.** Seiten 8-9

## **Bodenmann**

Analyse: So geht es der Schweizer Wirtschaft wirklich. Seite 7



## **Die Interessen-Verdreher**

«Angestellte Schweiz»: 60-Stunden-Woche & Dumping-GAV. Seite 9

# Jetzt AHV retten!

Auch sie sagen am 24. September Ja zur Rentenreform. Seite 5



Gartenbauschule Hünibach BE

# Aufstand im Paradies

Bürgerliche Sparwut bedroht einzigartige Lehrwerkstätte. Direktorin Serena und ihre Kolleginnen wehren sich.

Seite 3



**workedito**  
Marie-Josée Kuhn

## FREUNDE DER FDP

«Zürcher Banker sind wieder wer!» Das vermeldet der «Blick». Die News hinter dem Juchzer: Der Finanzplatz an der Limmat rangiert wieder in den Top Ten der wichtigsten Finanzplätze. Seinen neuerlichen Aufstieg verdanke der Paradeplatz auch seiner Bedeutung als sicherer Platz. Als sicherer Hafen für allerlei Gelder. Immer noch – und obwohl das Steuerhinterziehungsgeheimnis offiziell längst abgedankt hat. Sicher sind die Zürcher Banken aber auch vor der Politik.

2008 retteten wir

## Wer prastt Steuerzahlende denn da?

die crashende UBS mit 60 Milliarden Franken. Nach dieser staatlichen Rettungsaktion versprachen alle Parteien, sie würden die Grossbanken nun an die kurze Leine nehmen. Rein gar nichts davon sei geschehen, schreibt Peter Bodenmann, work-Autor und Briger Hotelier, in seiner Analyse zur wirtschaftlichen Lage der Schweiz (Seite 7): «Noch immer haftet der Staat für UBS, Credit Suisse & Co. Der Skandal: Sie zahlen keinen müden Rappen für diese staatliche Vollkaskogarantie.»

**ABZOCKER.** UBS-Chef Sergio Ermotti räumte 2016 13,7 Millionen Franken Boni und Lohn ab. Dies, obwohl der Reingewinn seiner Bank in diesem Jahr um fast die Hälfte zurückging. Auch Ermotti ist eben wer. Und beschimpft uns auch noch: «Die heutige Generation verprasst, was die vorangegangene aufgebaut hat», findet der Tessiner. Die AHV sei nicht mehr finanzierbar und die direkte Demokratie ein Hindernis. Hört, hört, sagt Bodenmann: «Sind wir ein Volk von Prassern? Wahr ist wohl genau das Gegenteil: Der Prasser beschimpft seine Rettungskolonnen.»

**HERRSCHAFTEN.** Ermotti motzt. Und Walter Kielholz holzt. Der Swiss-Re-Präsident, Freund der FDP und der Economiesuisse, hat ebenfalls Probleme. Die Altersreform 2020, über die wir am 24. September abstimmen, findet er, sei «ein Chabis» («Schweiz am Wochenende»). Kein Wunder, Der Milliardärsmann braucht die AHV ja nicht. Er schlägt nun vor, die Pensionierung ganz abzuschaffen. Wir sollen lebenslang chrampfen müssen. Wirklich feine Herrschaften! Sie allein sind schon Grund genug, in neun Tagen 2 x Ja zu stimmen.

**IN EIGENER SACHE:** Seit Jahren prägt Oliver Fahrni work mit seinen profunden Analysen und Geschichten, mit knusprigen Reportagen, saftigen Portraits und bissigen Kommentaren. Nun geht er in Pension. Das Schöne daran ist: Oliver Fahrni wird uns als Autor weiterhin erhalten bleiben. Gleichzeitig begrüßen wir Patricia D'Incau als neue Redaktorin und Digital-Verantwortliche an Bord. In dieser Ausgabe berichtet sie unter anderem über das drohende Aus für die Gartenbauschule in Hüni-bach BE (Seite 3).

# Bundesratswahlkämpfe muss man trotz allem ernst nehmen Noch eine Prognose ohne Gewähr

**Wer wird's: Ignazio Cassis, Isabelle Moret oder Pierre Maudet?**

CLEMENS STUDER

Macht der Tessiner das Rennen oder die Frau oder allenfalls der Überflieger? Am 20. September kommt die Bundesratswahl, und der politische Betrieb ist im Ausnahmezustand. Der ist jeweils gekennzeichnet

a) von Medienschaffenden, die «Langweiligkeit» beklagen und gleichzeitig Varianten und Nebenvarianten aus dem Hut holen wie der Zauberer die Chün-gel. Halbwertszeit kaum messbar.

b) von eher unwichtigen Politikerinnen und Politikern, die plötzlich zitiert werden wie die Grossen.

c) von Parteistrateginnen und -strategen, die – über zwei Ersatzwahlen und drei Banden hinaus denkend – wirbeln, zwirbeln und Nebel-petarden zünden.

d) von Lügen, Bluffs und Showkämpfen, von Streit für die Tribüne. Jammern, ohne zu leiden.

## POLITIK-WENDE

Doch diese Bundesratsersatzwahl ist keine harmlose Show. Der freisinnige Didier Burkhalter hatte genug. Er geht zermürbt. Weniger vom Europadossier als von der parteiübergreifenden Würstigkeit der Bundesratsmehrheit. Das freut die FDP-Strategen und die SVP. Denn der Neuenburger Freisinnige war kein Staatzerschlag und hat den Durchmarsch der harten Rechten im Bundesrat bisher verhindert. Das soll sich jetzt ändern.

In der Pole-Position steht Ignazio Cassis, der noch wendiger als freundlich ist, was etwas heis-

sen will. Natürlich braucht die Cassis-Kandidatur ein Label. Und das heisst: «Endlich wieder ein Tessiner Bundesrat!» Das tönt sympathisch und unverfänglich – und wäre mit einer Tessiner Frauenkandidatur wohl problemlos gelungen. Aber die überaus valable Ex-Regierungsrätin Laura Sadis

## Am Wahltag wirbeln und zwirbeln die Parteistrategen.

wurde schon im Tessin von der Parteileitung abgesägt. Zu sozial. Zu eigenständig. Zu weltoffen.

Zuerst dachte die FDP-Spitze daran, sicherheitshalber gar keine Frau gegen Cassis antreten zu lassen. Dass dies 2017 nicht mehr

geht, merkten dann eigentlich alle – ausser den FDP-Frauen. Ihre neue Präsidentin Doris Fiala signalisierte: Wir setzen gerne noch einmal eine Runde aus. Doch die welschen Frauen sahen das anders und forcierten eine Frauenkandidatur: Am Schluss war es Nationalrätin Isabelle Moret aus der Waadt. In den vergangenen Jahren zwar ebenfalls nach rechts gerückt, aber nicht so weit wie Cassis.

Die mit Abstand professionellste Kampagne hat der Genfer Regierungsrat Pierre Maudet hingelegt. Dank seiner überzeugenden Roadshow, insbesondere auch durch die Deutschschweiz, kam die FDP-Fraktion nicht darum herum, auch ihn aufs offizielle Ticket zu nehmen. Jungdynamisch, lösungsorientiert und eigenständig stösst er auf Misstrauen bei den ei-

genen Leuten und auf Interesse bei der politischen Konkurrenz. Ihm traut man am ehesten zu, eine starke und unabhängige Position in der Regierung einzunehmen, wie sie einst Pascal Couchepin hatte.

## WORK-PROGNOSE

Stand Redaktionsschluss und selbstverständlich ohne Gewähr, siehe oben: Cassis wird gewählt, weil er wendig bis zur Verbiegung ist und im SVP-Poschettli heimisch. Ausser der Schlussgang lautet Cassis-Moret. Oder Maudet sammelt in den ersten Wahlgängen so viele Stimmen, dass der Coup in Reichweite scheint und bei den Räten der Mut wächst. Oder es taucht in den nächsten 7 Tagen noch eine weitere Variante auf.



SHOWTIME: Die Drei von der FDP, die in die Landesregierung möchten. Isabelle Moret, Ignazio Cassis, Pierre Maudet (v.l.).

FOTO: HEYSTONE

## Die Löhne stimmen nicht: Elektriker auf den Barrikaden

**Die Elektriker gelten als die «armen Verwandten» auf dem Bau. Das wollen sie nun ändern.**

CHRISTIAN EGG

Sie sind gut ausgebildet, verdienen aber schlecht: Der Mindestlohn eines Elektrikers ist bis zu 600 Franken tiefer als der eines Maurers. Yannick Egger vom Sektor Gewerbe der Unia: «Die Elektrikerinnen und Elektriker gelten als die «armen Verwandten» auf dem Bau.»

Damit soll jetzt Schluss sein. Die Berufsversammlung der Branche hat diese Woche eine Kampagne beschlossen. Ziel ist ein besserer Gesamt-

## In der Westschweiz gab es schon zwei Streiks.

arbeitsvertrag. In einer Umfrage können die Elektrikerinnen und Elektriker zuerst die Punkte nennen, die auf den Baustellen und im Vertrag zu verbessern sind. Daraus leiten sich die konkreten Forderungen



KLEINES TEAM, GROSSER ÄRGER: Das Team der Firma Reichenbach in Neuenburg streikt für Lohnnachzahlungen. FOTO: BERTRAND REY

gen für die Verhandlungen ab, die Anfang 2018 beginnen.

In der ganzen Schweiz haben sich gewerkschaftliche Komitees gebildet, die regionale Aktionen durchführen. Bereits sehr aktiv sind die Beschäftigten in der Westschweiz. Diesen Sommer gingen sie in zwei Firmen auf die Barrikaden:

● In Yverdon VD legten die acht Elektriker der Firma Las-

sueur wegen ausstehenden Lohnes die Arbeit nieder. Nach zwei Tagen willigte die Firma ein, die Löhne auszuzahlen.

● Als die drei Angestellten der Firma Reichenbach in Neuenburg streikten, willigte der Eigentümer ein, insgesamt 17'000 Franken nachzuzahlen. Er hielt sich in der Folge aber nicht daran. Jetzt streiken sie wieder.

**Endo Anaconda**  
**worksms**

**An Mark Schneider, CEO Nestlé**

Als besorgter Papi habe ich meine Kinder stets gegen ihren Willen (wäh, pfui!) mit dem teuren Sonnenschutz «Daylong 50+» von Spigir eingerieben. Damit wollte ich auch den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Schweiz unterstützen. Spigir gehört mittlerweile leider zum Portfolio Ihres ethisch zweifelhaften Konzerns. «Daylong + 60 Millionen mehr Umsatz» lautet Ihre hirnerbrannte, unrealistische Reibach-Strategie. Deshalb stellen Sie in Egerkingen 190 Leute auf die Strasse. «Daylong – 190» wäre der bessere Name für Ihre Sonnenschmiere, die uns in Zukunft gestohlen bleiben möge. Nestlé – wähh, pfui! Endo

Ihr SMS an Endo: 077 437 56 82

# Gartenbauschule in Hünibach BE vor dem Aus? Bedrohtes Paradies



UNTER SPARDRUCK: Unia-Frau Katrin Morina und Schuldirektorin Marianna Serena (rechts) kämpfen für den Erhalt von 100 Arbeitsplätzen, die Hälfte davon Lehrstellen. FOTO: FRANZISKA SCHEIDEGGER

**Der Berner Regierungsrat will die Unternehmenssteuern senken und schnürt deshalb ein Sparprogramm. Mit verheerenden Auswirkungen für die Gartenbau-Lehrwerkstätte am Thunersee.**

PATRICIA D'INCAU

Im Hünibach am Thunersee, hinter niedrigen grauen Mauern, liegt ein Paradies aus tausend Pflanzen. Palmen und Feigenbäume, Bananenstauden und Beerensträucher, Begonien und Frauenherzen. Sie wachsen und ranken sich in der Zufahrt zu den drei Gebäuden, in denen die Gartenbauschule Hünibach (GSH) untergebracht ist.

Seit mehr als achtzig Jahren wird hier gegärt, angebaut und ausgebildet. Doch jetzt droht der Schule das Aus. Denn: Der Kanton Bern will die Gelder streichen, mit denen er die Lehrwerkstätte bisher unterstützt hat. Zwei Millionen Franken sind das pro Jahr. Die Hälfte des gesamten Schulbudgets. Für Direktorin Marianna Serena ist klar: «Wenn das passiert, können wir hier zumachen.» 100 Arbeitsplätze, die Hälfte davon Lehrstellen, wären verloren.

## HERZENSANGELEGENHEIT

Serena sitzt in ihrem Büro im Haupthaus der Schule. Ein Bau aus dem vorigen Jahrhundert, mit alten Holztreppe und dünnen Wänden. Es knarzt und rumpelt in den Gängen. Die Direkto-

**Biberli meint:  
«Gärtner brauchen  
Flüssiges!»**



rin erzählt vom Schulbetrieb, den sie dieser Tage nicht nur leitet, sondern zu retten versucht. «Für mich ist das nicht nur ein Job, sondern eine Herzensangelegenheit.» Einerseits biete die Gartenbauschule Jugendlichen eine Chance, für die der Einstieg ins Berufsleben sonst schwierig wäre. Andererseits bilde sie ihre Lernenden im Bio-Gartenbau aus: «Als einzige Berufsschule in der ganzen Schweiz.»

Trotzdem will der Berner Regierungsrat die Subventionen streichen. Erfahren davon hat Hünibach Ende Juni, nur 48 Stunden vor der Öffentlich-

**Ohne die zwei Millionen vom Kanton kippt das Budget.**

keit. Grund für die geplante Sparmassnahme sind Steuerpläne des Kantons: Weil der bürgerlich dominierte Regierungsrat die Unternehmenssteuern senken will, muss ein

185 Millionen Franken schweres Sparpaket her. Dieses trifft vor allem den Sozial- und Bildungsbereich. Und dazu gehört eben auch Hünibach. Für Umweltingenieurin Serena ist das unverständlich. «Der Kanton Bern hat letztes Jahr eine Bio-Offensive in der Landwirtschaft gestartet. Die einzige Bio-Schule im Gartenbau will er aber schliessen.» Das sei widersprüchlich. Ausserdem bezweifle sie, dass der Kanton mit der Streichung von Hünibach auch tatsächlich Geld sparen würde: «Wer keine Lehre machen kann, läuft nämlich Gefahr, in der Sozialhilfe zu landen.» Ohne die Gartenbauschule könne sich die Situation verschärfen.

## INDIVIDUELLE FÄHIGKEITEN

Ausbildnerin Katrin Morina kommt gerade mit zwei Lernenden aus einem Kundengarten zurück. Jetzt steht sie im Hofeingang. Seit Anfang März ist sie für den Fachbereich Landschaftsbau angestellt. Einer jener Bereiche, die Hünibach erst seit kurzem anbietet. Morina sagt: «Bei uns stehen die Lernenden an erster Stelle.» Und zwar von morgens um 7 Uhr bis Feierabend: «Jeden Tag besprechen wir, was die Jugendlichen für Aufgaben bekommen. Wenn jemand noch nicht so geübt in einer Facharbeit ist – zum Beispiel im Plattenlegen –, dann schauen wir, dass er mehr Praxis bekommt.» Das sei die Stärke der Schule: die individuel-

## Dringliche Motion: Neue Leistungsvereinbarung

Das kantonale Bernische Parlament wird im November über die geplante Steuersenkung und das dazugehörige Sparpaket entscheiden. Inzwischen hat sich auch die lokale Politik in die Debatte «Gartenbauschule Hünibach» eingeschaltet. Die grüne Politikerin Andrea de Meuron hat zuhänden des Regierungsrats eine dringliche Motion eingereicht. Die Forderung: Der Kanton soll mit der Gartenbauschule Gespräche über eine neue Leistungsvereinbarung aufnehmen.

**15 000 UNTERSCHRIFTEN.** Auch sonst erhält die Schule viel Solidarität: Eine Petition zur Erhaltung der Lehrwerkstätte haben bisher fast 15 000 Personen unterschrieben. Das gibt Hoffnung.

len Fähigkeiten der Jugendlichen fördern zu können. Als Lehrwerkstätte muss Hünibach nicht an erster Stelle wirtschaftlich orientiert sein.

## ÜBERALL ABSAGEN

Nicht für alle Jugendlichen, die in Hünibach sind, war die Gartenbauschule die erste Wahl. Es gibt immer wieder Lernende, die sich zuerst bei privaten Unternehmen bewarben, aber überall eine Absage erhielten. Das Argument des Kantons, dass es die Gartenbauschule in Hünibach nicht brauche, weil es im Gartenbau auch ohne die Lehrwerkstätte

**«Bei uns stehen die Lernenden an erster Stelle.»**

KATRIN MORINA, AUSBILDERIN

genügend Lehrstellen gebe, lassen Morina und Serena deshalb nicht gelten. Denn viele Betriebe bevorzugten Jugendliche mit einem Sekundarabschluss. Die Lehrmeister gingen davon aus, dass diese schnell lernen und keine Probleme machen.

In Hünibach denkt man anders. Wie stark sich die Gartenbauschule damit von rein kommerziellen Betrieben unterscheidet, weiss Landschaftsgärtnerin Morina aus langjähriger Erfahrung, «mal zu besseren, mal zu weniger guten Arbeitsbedingungen», wie sie sagt. Das liege auch daran, dass es im Kanton Bern keinen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für den Gartenbau gebe. Noch nicht. Als Unia-Mitglied arbeitet Morina bereits seit längerer Zeit aktiv daran mit, das zu ändern. Gartenbau sei harte körperliche Arbeit. Vergleichbar mit dem Bau. Deshalb müssten auch die Löhne beider Branchen vergleichbar gut sein.

Mit den Arbeitsbedingungen in Hünibach ist Morina ganz zufrieden. Den grossen Staudengarten der Schule nennt sie ein kleines Paradies. Und dieses möchte sie noch lange geniessen.

## Neuer Anlauf gegen Abzocker

**BERN.** Sie verdienen gegen eine Million Franken – oder mehr: die Chefs der bundeseigenen Betriebe SBB, Post, Swisscom und Ruag. Damit soll Schluss sein, sagt der Nationalrat. Er hat diese Woche einem Vorstoss von Susanne Leutenegger Oberholzer zugestimmt, der die



Susanne Leutenegger Oberholzer. FOTO: KEYSTONE

Abzockerlöhne auf ein Bundesratsgehalt begrenzen will. Nun ist der Ständerat an der Reihe. Dessen vorbereitende Kommission hatte den Vorstoss im Mai abgeschmettert. Jetzt muss sie noch einmal über die Bücher.

## Gegenwind aus Bern für Tamedia

**BERN.** Redaktorinnen und Redaktoren von «Bund» und «Berne Zeitung» wehren sich gegen die Abbaupläne des Medienkonzerns Tamedia. Der Verlag, dem seit 2007 beide Berner Zeitungen gehören, will alle Redaktionen zusammenlegen. Er hat zwar angekündigt, Entlassungen vermeiden zu wollen. Doch in ihrer Publikation «Monopol-Zeitung» zeigen die Berner Redaktionen: Diese Rechnung geht nicht auf. Die «Berne Zeitung» werde künftig nur noch 70 der heute 150 Redaktionsstellen umfassen. Kaum vorstellbar, dass dieser Abbau nur mit Pensionierungen und freiwilligen Kündigungen zu bewerkstelligen ist.

## Heisser Herbst für Macron

**PARIS.** Der Aufstand geht los: Am 12. September gingen in ganz Frankreich Zehntausende auf die Strasse, um gegen die Deregulierung des Arbeitsmarktes zu protestieren. Präsident Emmanuel Macron will das neue Arbeitsgesetz per Dekret durchdrücken. Es würde unter anderem flächendeckende Gesamtarbeitsverträge aushöhlen und Entschädigungen für ungerechtfertigte Kündigungen kürzen. Vor den Demos hatte Macron Öl ins Feuer gegossen, indem er die Gegner des Gesetzes als «Faulenzer» bezeichnete.

## Baubüezer starten zum Lohnkampf

**HEERBRUGG.** Jetzt reicht's: Seit über drei Jahren verweigern die Baumeister den Bauarbeitern jegliche Lohnerhöhung. Auch in der ersten Verhandlungsrunde zu den Löhnen 2018 gab es keinen Fortschritt. In der ganzen Schweiz protestieren jetzt Bauarbeiter für 150 Franken mehr Lohn. Den Anfang machten Baubüezer in Heerbrugg: Mit einer Protestpause von 30 Minuten taten sie ihren Unmut kund. Auch in Biel und Solothurn fanden Aktionen statt, kommende Woche ist Basel an der Reihe. Am 21. Oktober folgt dann ein grosser Protesttag in Olten.

Die AHV stärkt schwache Regionen

# Wackel-Kantönler, bitte noch mal rechnen!



**AUSGLEICH UNTER DEN REGIONEN:** Wirtschaftlich schwächere Kantone mit tiefem Lohn- und Rentenniveau profitieren überdurchschnittlich von einer Erhöhung der AHV-Rente. FOTO: KEYSTONE

**Laut Umfragen stehen bei der Rentenreform kleine oder ländliche Kantone auf der Nein-Seite oder sind sogenannte Wackelkantone. Die Stimmenden dort sollten besser noch einmal über die Bücher.**

CLEMENS STUDER

Die AHV ist im genialen Umlageverfahren organisiert: Was an Beiträgen einbezahlt wird, fliesst ohne Umwege über das Finanzcasino direkt in die Renten. Und die AHV verteilt um – von denen mit den Abzockerlöhnen zu den Wenig- und Normalverdienenden.

Beides ist den Rechten und der Finanzindustrie seit der AHV-Einführung ein Dorn im Auge. Sie halten nichts von Solidarität, und sie wollen mit dem Alterskapital der Lohnabhängigen spekulieren und Provisionen einsacken.

## REGIONAL

Was oft vergessen geht: die AHV glättet nicht nur die Lohndifferenzen ein bisschen, sie wirkt auch zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen ausgleichend. Wie das?

In wirtschaftlich schwächeren Regionen mit einem hohen Anteil an Kleingewerbe und Landwirtschaft ist die Lohnsumme niedriger. Entsprechend höher ist der Anteil von Menschen, die im Alter ausschliesslich oder grossmehrerheitlich alleine von der AHV-Rente leben müssen. Steigt hier die AHV, fl essen die zusätzlichen Rentenfranken umgehend in den Konsum und stärken so die lokale Wirtschaft. Diese Regionen profitieren von der Rentenreform wirtschaftlich überdurchschnittlich.

## RECHNEN

Die Abstimmungsumfrage des Forschungsinstituts GfS Bern sieht neben dem Aargau alle Innerschweizer Kantone und die beiden Appenzell im Nein-Lager. Unter den sogenannten Wackelkantonen sind unter

anderem das Wallis und das Tessin. Das erstaunt. Schliesslich profitiert die Mehrheit der Nein- und Wackelkantone von der Reform überdurchschnittlich. Denn obwohl die Lohnsummen in den urbanen Gebieten zum Teil massiv höher sind, unterscheiden sich die Durchschnittsrenten von Kanton zu Kanton nur bescheiden (siehe Tabelle).

## REAKTIONÄR

Weil die Rentenreform nur in Kraft treten kann, wenn beide Vorlagen (die eigentliche Gesetzesreform und die Verfassungsänderung zur Anpassung der Mehrwertsteuer) angenommen werden, reicht eine Volksmehrheit nicht. Es braucht auch die Mehrheit der Kantone für die Verfassungsänderung.

Dieses sogenannte Ständemehr war schon mehrmals der Tod sozialpolitisch fortschrittlicher Vorlagen. So sagten 2013 zum Beispiel 54,3 Prozent des Volkes Ja zum Familienartikel, doch 11 Kantone und 4 Halbkantone Nein. Gegen diese Vorlage – sie wollte die Vereinbarkeit von Familienarbeit und Erwerbstätigkeit verbessern –

**Die AHV wirkt auch als Ausgleich zwischen strukturschwachen und starken Regionen.**

kämpften SVP und FDP wie jetzt gegen die Rentenreform Seite an Seite.

Das Ständemehr – 1848 eingeführt, um die konservativen Kräfte vom Bundesstaat zu überzeugen – wirkt, wenn es greift, tendenziell reaktionär. Denn die konservativen und rechten Stimmen aus Klein- und Halbkantonen wiegen ein Mehrfaches an urbanen und fortschrittlichen Stimmen auf. Beispiel: Die Meinung eines Appenzell-Innerrhödlers zählt in der Ausmarchung des Ständemehrs 44 Mal mehr als jene einer Zürcherin.

## Durchschnittsrenten in den Kantonen

|      | ♂    |      | ♀    |
|------|------|------|------|
| SO   | 1875 | BS   | 1916 |
| AG   | 1874 | ZH   | 1905 |
| BL   | 1868 | BL   | 1901 |
| ZH   | 1867 | SO   | 1894 |
| BE   | 1856 | SH   | 1888 |
| NW   | 1854 | NE   | 1885 |
| TG   | 1852 | BE   | 1883 |
| ZG   | 1851 | AG   | 1882 |
| AR   | 1851 | GL   | 1877 |
| SH   | 1850 | AR   | 1868 |
| GL   | 1850 | CH Ø | 1867 |
| SZ   | 1847 | JU   | 1865 |
| GR   | 1846 | SG   | 1860 |
| UR   | 1843 | ZG   | 1857 |
| LU   | 1841 | LU   | 1856 |
| CH Ø | 1838 | TG   | 1855 |
| FR   | 1837 | VD   | 1848 |
| AI   | 1834 | GR   | 1847 |
| SG   | 1833 | FR   | 1844 |
| OW   | 1831 | AI   | 1839 |
| JU   | 1828 | NW   | 1838 |
| NE   | 1827 | SZ   | 1838 |
| BS   | 1823 | UR   | 1835 |
| VS   | 1814 | VS   | 1826 |
| VD   | 1804 | GE   | 1811 |
| TI   | 1765 | OW   | 1809 |
| GE   | 1734 | TI   | 1788 |

QUELLE: BUNDESAMT FÜR SOZIALVERSICHERUNGEN, 2017 – STATISTISCHES LEXIKON DER SCHWEIZ

INSERAT

## Liebes Unia-Mitglied

Die Abstimmung über die Altersvorsorge 2020 ist für uns alle enorm wichtig. Sie stellt die Weichen für die Zukunft unserer Renten. Zwar schmerzt die Anhebung des Frauenrentenalters. Aber unter dem Strich ist die Reform positiv. Sie bringt höhere AHV-Renten und viele Verbesserungen gerade für Frauen. Aber auch für Junge, Teilzeit-Arbeitende und ältere Arbeitnehmende. Dafür haben wir als Gewerkschaft lange gekämpft. Deshalb bitte ich dich, am 24. September 2x Ja zu stimmen. Damit wir unsere AHV stärken und die Renten sichern können.

Mit kollegialen Grüssen

*Vania Alleva*

Vania Alleva

2x JA zur Rentenreform am 24. September

UNIA

Christine Bühler, Bäuerin und Präsidentin Landfrauenverband:

**Bäuerinnen profitieren**

«Die meisten von uns Bäuerinnen haben nur die AHV. Viele engagieren sich im Betrieb, ohne dass ein Lohn ausgewiesen wird. So haben sie eben auch keinen Anspruch auf eine Pensionskasse. Für diejenigen drei Viertel der Bauernbetriebe, die nur ein bescheidenes Einkommen erwirtschaften, und insbesondere für die Bäuerinnen bringt die Reform grosse Verbesserungen.»



Beat Schlatter, Schauspieler:  
**Aufbruch statt Abbruch**

«Die Details mögen kompliziert sein. Im Kern ist es aber einfach: Wollen wir Abbruch oder Aufbruch? Ich stimme für die Zukunft und sage Ja.»



Rechte Propaganda  
**Schamlos**

**Kurz vor der Abstimmung geben die Gegnerinnen und Gegner der Altersreform 2020 noch einmal Vollgas.**

RALPH HUG

In der Politsendung «Arena» des Schweizer Fernsehens behauptete SVP-Ständerat Roland Eberle, mit der Altersreform 2020 würden wir die AHV «noch schneller», an die Wand fahren als ohne Reform. Moderator Jonas Projer hielt ihm eine Grafik vor, die das Gegenteil beweist. Trotzdem blieb Eberle bei seiner Behauptung. Erst unter Druck korrigierte er sich. Widerwillig und mit der Ausrede, dann werde die AHV halt «härter» statt schneller an die Wand gefahren.

Falsch war auch Eberles Behauptung, die Verluste in der Pensionskasse würden zu 100 Prozent über Massnahmen in der zweiten Säule ausgeglichen. Richtig ist: Diese Rentenverluste müssen auch durch den Zuschlag von 70 Franken bei der AHV ausgeglichen werden (siehe: Renten-Abstimmung: Darum geht's)

**MILLIONÄRE GEGEN AHV.** Die Gegnerinnen und Gegner der AHV behaupten drauflos. Entgegen der Fakten. Auch FDP-Ständerätin Karin Keller-Sutter tut es. In einem Interview im «St. Galler Tagblatt» behauptete sie, die Altersreform führe direkt zum Rentenalter 67. Wegen Einnahmeverlusten. Fakt ist, dass die Reform Rentenalter 65 für Mann und Frau bringt.

In Sachen Schamlosigkeit gibt es nur einen, der Keller-Sutter & Co. übertrifft: Walter Kielholz. Der millionenschwere Verwaltungsratspräsident des Rückversicherers Swiss Re schießt den Vogel ab. Er fordert, das Rentenalter gleich ganz abzuschaffen. Zurück zu lebenslanger Arbeit wie vor der Einführung der AHV im Jahr 1947? Ist das



**LEBENS LANG CHRAMPFEN:** Swiss-Re-Präsident Walter Kielholz schießt mit seinem Vorstoss den Vogel ab.

Darum sind diese Frauen und Männer für die Altersreform 2020

**«Wir stimmen 2x Ja!»**

**Am 24. September stimmen wir über die Altersreform 2020 ab. Und die neusten Umfrageergebnisse zeigen: Es wird knapp werden. Besonders bei der Vorlage über die Erhöhung der Mehrwertsteuer, weil diese auch noch das Ständemehr erreichen muss. Doch ohne doppeltes Ja kippt die ganze Rentenreform. Warum das nicht passieren darf und weshalb auch Ihre Stimme zählt, erklären diese acht Persönlichkeiten:**

Jakob Auer, Betriebskommissionspräsident Saurer:

**Riesige Verbesserung**

«Wenn man 58 gewesen ist und arbeitslos wird, kann die Gemeinde heute von einem verlangen, dass man das Pensionskassengeld auf dem Sperrkonto aufbrauchen muss. Mit einem Ja zur Rentenreform ist und bleibt das angespart in Zukunft als Alterskapital erhalten. Das ist eine riesige Verbesserung gerade für ältere Arbeitnehmende. Ausserdem bringt die Reform für die Teilzeitarbeitenden mehr Sicherheit. Und das kommt hauptsächlich den Frauen zugute.»



Elisabeth Dubler, Schreinerin:  
**Gegen Schuldenberge**

«Die Reform der Altersvorsorge ist dringend nötig. Sie reagiert auf den demographischen und gesellschaftlichen Wandel. Mit einem Ja schützen wir uns und zukünftige Generationen vor massiven Schuldenbergen.»



Ruth Dreifuss, alt Bundesrätin und Gewerkschafterin

**Die Rechte sät Angst**

«Diese Reform wäre beinahe versenkt worden, denn die Rechte wollte die AHV unter keinen Umständen gegenüber den Pensionskassen verstärken. Sie lehnt die Reform ab, denn sie will, dass wir mehr Opfer bringen, weniger Solidarität und mehr Alterskapital in den Händen der Privatversicherer. Die Rechten säen Angst vor der Zukunft und weigern sich gleichzeitig, die Altersvorsorge zu konsolidieren und das Rentenniveau zu erhalten. Seit den letzten nationalen Wahlen träumen SVP und FDP davon, dem Parlament ihre Regeln aufzuzwingen.

Lassen wir sie diese Volksabstimmung nicht gewinnen!



Tom Hauser, Gärtner:  
**Gegen die Armut**

«Dank der AHV konnten wir in der Schweiz viel gegen die Altersarmut tun. Aber es ist immer noch nicht genug. Meine Mutter zum Beispiel käme ohne Ergänzungsleistungen nicht über die Runden. Darum müssen wir die AHV weiter stärken. So setzen wir ein Zeichen gegen die Armut. Deshalb sage ich 2x Ja.»



Hanspeter Eggenberger, Rangierleiter SBB:  
**Sorge tragen zur AHV**

«Massgebend für mich ist, dass die letzten beiden AHV-Revisionen gescheitert sind. Nun müssen wir einen Schritt in die richtige Richtung machen. Sonst geht die AHV kaputt, weil sie nicht mehr genügend finanziert ist. Die AHV ist das Sozialste, was wir haben! Dazu müssen wir Sorge tragen.»



Patricia Tamborini, Pfl egefachfrau:  
**WICHTIGER SCHRITT FÜR DIE FRAUEN**

«In der Pflege sind bis heute überwiegend Frauen tätig. Sehr viele von ihnen arbeiten in Teilzeit. Ihnen bringt die AHV-Reform viel. Denn mit dieser Reform wird Teilzeitarbeit in der obligatorischen beruflichen Vorsorge besser versichert. Zusätzlich wird die AHV gestärkt. Das ist ein wichtiger Schritt vorwärts für die Frauen.»



**RENTEN-ABSTIMMUNG**

**DARUM GEHT'S**

- Das Frauenrentenalter wird schrittweise von 64 auf 65 Jahre erhöht.
- Der sogenannte Umwandlungssatz in der obligatorischen beruflichen Vorsorge sinkt von 6,8 auf 6 Prozent. Die daraus entstehenden Renteneinbussen werden mit Kompensationsmassnahmen ausgeglichen. Für alle Versicherten bis Jahrgang 1972 ist der Besitzstand garantiert.
- Die AHV-Neurenten werden um 70 Franken pro Monat erhöht. Der Plafond der Ehepaarrenten steigt von 150 auf 155 Prozent. Finanziert wird dies durch eine Erhöhung der Lohnprozente um 0,3 Prozent (Arbeitnehmer 0,15 Prozent, Arbeitgeber 0,15 Prozent). Die AHV wird durch eine Zusatzfinanzierung stabilisiert. Die Mehrwertsteuer steigt 2021 von 8 Prozent auf 8,3 Prozent.

die Wunschvorstellung aller Manager-Millionäre, die selber keine AHV nötig haben? Kielholz war früher Chef der Credit Suisse. Das ist die Bank, die ältere Mitarbeitende systematisch aussortiert. Nach Angaben der CSPensionskasse sind bei der Grossbank schon 87 Prozent der männlichen Versicherten vor 63 pensioniert.

**FREISINNIGE FÜR 2\*JA.** Die Gegnerschaft aus FDP und SVP lässt nichts unversucht, Bundesrat Alain Berset's Reformpaket durch Verwirrung und Verunsicherung zu Fall zu bringen.

Nun hat sich aber auch ein Komitee mit einem «Aufruf zur Rettung der Renten» formiert ([www.vernuenftigerkompromiss.ch](http://www.vernuenftigerkompromiss.ch)). Prominente FDP-Grössen wie Dick Marty oder auch Christine Egerszegi und Christian Wanner plädieren gemeinsam mit Ex-Fernsehmann Beni Thurnheer, Schauspieler Stephan Gubser oder Musikerin Sophie Hunger für ein doppeltes Ja. Ihr Argument: Die Altersvorsorge 2020 sei ein vernünftiger Kompromiss.

## Das Jobsterben geht weiter

Auch wenn Entlassungen und Firmenschliessungen aus den Schlagzeilen verschwunden sind – es werden immer noch Stellen gestrichen (siehe auch «Sind wir ein Volk von Prassern?» von Peter Bodenmann auf Seite 7). Hier einige Beispiele aus den letzten Wochen:

### Glasfabrik AGC in Moutier: 102 Stellen

Auf Ende Jahr soll die Glasfabrik der AGC VIM in Moutier geschlossen werden, wie am Freitag vor einer Woche bekannt wurde. Die Unia Transjurane hat die Betroffenen über ihre Rechte bei Massentlassungen informiert und ihnen angeboten, mit der Direktion über den Sozialplan zu verhandeln. Noch ist unklar, wie es weitergeht. Die Fabrik, die Glas für die Bau- und Transportbranche produziert, gehört zur AGC Belgien, die ihrerseits zum japanischen Glashersteller AGC gehört.

### Ruag Bern, Thun und Zürich: Über 30 Stellen

Der Rüstungs- und Technologiekonzern aus Thun hat über 30 Mitarbeitenden an den Standorten Bern, Thun und Zürich gekündigt. Ein Sprecher der Ruag sagte gegenüber der «Berner Zeitung», die Tätigkeiten in vermehrt zivilen Märkten erforderten teilweise andere Kompetenzen, und der Auftragseingang sei überraschend tief ausgefallen. Die Unia Berner Oberland fordert, dass das rentable Unternehmen auf die Entlassungen verzichte.

### Ex-Spirig-Fabrik in Egerkingen: 190 Stellen

Die Nestlé-Tochter Skin Health will den Betrieb in der ehemaligen Spirig-Fabrik im solothurnischen Egerkingen einstellen. Die Produktion soll an andere Standorte im Ausland verlegt werden. 190 Stellen sind vom Abbau bedroht. Die Dermatologiefirma Galderma hatte 2012 das solothurnische Traditionsunternehmen übernommen. Die «Spirig» war unter anderem für die Daylong-Sonnencreme bekannt.

### Ronda in Lausen: 7 Stellen

Die Uhrenfabrik Ronda AG im basellandschaftlichen Lausen hat bereits im August mehrere Entlassungen ausgesprochen. Dabei hatten die Angestellten vom Oktober 2016 bis Juli dieses Jahres schon Kurzzeitarbeiten müssen. Das Familienunternehmen ist mit rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einer der grösseren unabhängigen Schweizer Uhrenhersteller. Die Firma fertigt vor allem Quarz-Uhrwerke für diverse Luxus-Modeuhren. Ronda hat auch eine eigene Kollektion, zu der seit letztem Jahr eine in der Fachwelt viel beachtete mechanische Uhrenneuheit gehört. (sr)



ARCHITEKTURBÜROS UNTER DUMPINGVERDACHT: Fassade des Panorama-restaurants «Fiore di pietra» (Steinblume) des Schweizer Stararchitekten Mario Botta auf dem Monte Generoso, Kanton Tessin. FOTO: KEYSTONE

## Tessin: Neuer Architekten-GAV Bald fünfmal mehr Lohn

Wenn alles gutgeht, können viele Architekten und Ingenieurinnen im Tessin bald aufatmen.

SABINE REBER

Mario Botta, Luigi Snozzi, Aurelio Galfetti, Livio Vacchini: Das Tessin ist berühmt für seine grossen Architekten. Weit weniger feudal geht es jedoch beim Lohn der meisten Tessiner Architekten und Ingenieurinnen zu. Der Druck von Universitätsabgängern aus Mailand und anderen italienischen Universitäten ist hier besonders hoch. In vielen Planungsbüros arbeiten die Angestellten unter prekärsten Bedingungen.

Igor Cima von der Unia Bellinzona sagt: «Praktikumsstellen mit 600 Franken im Monat für Fachkräfte mit Uniabschluss sind bei uns im Tessin keine Seltenheit. Oftmals arbeiten die Leute über mehrere Jahre zu diesen Bedingungen. Und für Architekten und Ingenieure in Festanstellung sind Löhne von 1000 bis 1500 Franken im Monat gang und gäbe.» Eine Schande sei das, eine Schande für die Branche und für den Kanton, fügt der engagierte Gewerkschafter an. Umso erfreuter ist der zuständige Tessiner Unia-Mann, dass nun ein Durchbruch in greifbarer Nähe liegt.

### GRASSIERENDES LOHNDUMPING

Bisher gab es zwar im Tessin einen GAV für die Hoch- und Tiefbauzeichnerinnen und -zeichner, aber dieser wurde nicht konsequent auf den ganzen Berufszweig angewandt. Cima: «Angesichts des grassierenden Lohndumpings mit den Grenzgängern haben schliesslich auch die Patrons begriffen, dass etwas geschehen muss. Die Abwärtsspirale dreht sich sonst immer weiter, und am Ende verlieren alle.»

Vor diesem Hintergrund haben sich die in der ASIAT vereinigten Architektur- und Ingenieurbüros schliesslich mit der Gewerkschaft Unia und der christlichen Gewerkschaft OCST an den Verhandlungstisch gesetzt. Noch vor den Sommerferien haben sich die Sozialpartner auf den neuen Gesamtarbeitsvertrag einigen können. Darin sind Minimallöhne von 5000 Franken im Monat sowie ein dreizehnter Monatslohn vorgesehen.

### MAXIMAL EIN PRAKTIKANT

Ausserdem enthält das Vertragswerk eine genaue Regelung bezüglich der Praktika. Neu beträgt der Minimal-

lohn für Praktikantinnen und Praktikanten 1750 Franken im Monat. Ein Praktikum darf maximal sechs Monate dauern. Zudem schreibt der neue GAV vor, dass in einem Büro nur noch ein Praktikant auf zehn Festangestellte arbeiten darf. Igor Cima freut sich:

«1000 bis 1500 Franken für festangestellte Architektinnen und Ingenieure sind gang und gäbe.»

UNIA-MANN IGOR CIMA

«Das ist ein Meilenstein! Mit dieser Regelung können wir dem Lohndumping endlich einen wirkungsvollen Riegel schieben.»

Nun muss der GAV vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) noch für allgemeinverbindlich erklärt werden. Dann gilt er für alle Architektinnen und Ingenieure im ganzen Tessin und kann voraussichtlich ab Januar 2018 in Kraft treten.

### HOCHPROFITABLE BRANCHE

Werden die betroffenen Architektur- und Ingenieurbüros nicht nach Italien abwandern, wenn sie ihren Angestellten plötzlich fünfmal so viel Lohn bezahlen müssen? Eins müsse er klarstellen, holt Igor Cima aus: «Die Architektur- und Ingenieurbüros fahren derzeit grosse Gewinne ein – auf Kosten der Angestellten!» Nun sei es an ihnen, einen gerechten Lohn zu bezahlen. Und da die Regel ja für alle gelte, werde sich das Ganze bald eependeln, gibt sich der Unia-Vertreter optimistisch.

Cima hofft, dass diese Berufe dadurch wieder mehr Wertschätzung erfahren. Auch einheimische Architektinnen und Ingenieure könnten künftig wieder im Tessin arbeiten, anstatt durch Grenzgängerinnen und Grenzgänger verdrängt zu werden.

### «DANN SOLLEN SIE DOCH GEHEN!»

Und was, wenn die Büros dann trotzdem ihre Arbeit nach Italien verlagern? Unia-Mann Cima: «Dann sollen sie doch gehen! Was nützen uns denn solche Jobs, von denen hier niemand leben kann? Was wir brauchen, sind Arbeitsplätze zu würdigen Bedingungen, basta.»

## Architektinnen und Architekten bewegen sich doch

Bei den Architektinnen und Architekten im Tessin herrschte schon einmal grosse Aufbruchstimmung. Der Ökonom Hans Baumann, der sich in der Unia lange Zeit um das Bauwesen gekümmert hatte, erinnert sich: «Anno 1976 haben die Tessiner Architekten und Ingenieure einen der ersten Weisskragenstreiks der Schweiz geführt.» Daraufhin sei im Tessin ein Gesamtarbeitsvertrag für die Branche in Kraft getreten. Auch in anderen Kantonen, beispielsweise Genf, Waadt und Wallis, seien in der Folge Gesamtarbeitsverträge ausgearbeitet worden, wobei hauptsächlich die Bauzeichnerinnen und Bauzeichner sich für diese Verträge eingesetzt hätten. Viele Architekten würden sich halt eher als individuelle Künstler verstehen, schmunzelt er. In der Deutschschweiz habe es damals nur punktuelle Firmen-GAV gegeben, insbesondere in den Kantonen Bern und



«Der Sektor ist gewerkschaftlich nicht stark organisiert.»

UNIA-MANN FRANÇOIS CLÉMENT

Zürich, wo eine Zeitlang gewerkschaftlich organisierte Architektengruppen aktiv waren. Baumann erinnert sich: «Es gab eine Zeit, da vereinigte die Unia 1500 Architekten und Ingenieure!» Aber irgendwie sei

die Bewegung dann eingeschlafen, bedauert er und fügt an: «Wer weiss, vielleicht gibt's dank den Tessinern einen neuen Anlauf in der Sache?»

Der Berner Architekt Viktor Hirsig, der bis heute Unia-Mitglied ist, meint: «Das wäre super!» Und erklärt, auch in der Deutschschweiz sei es gerade in renommierten Büros üblich, dass junge Leute sehr schlechte Löhne akzeptierten: «Sie denken, es lohne sich wegen der guten Referenz. Aber letztlich ist das nur Selbstausbeutung. Darum sollten auch wir auf einen allgemeinverbindlichen GAV hinarbeiten.»

NOCH VIEL ZU TUN. Auch der Schweizerische Ingenieur- und Architektenverein (SIA) hat in letzter Zeit über einen GAV diskutiert. Die Situation sei von Kanton zu Kanton verschieden, relativiert Präsident Stefan Cadosch, darum ergebe ein nationaler GAV keinen

Sinn: «Den regionalen Sektionen des SIA steht es aber frei, die Angelegen-

**Junge Architektinnen und Architekten betreiben Selbstausbeutung – wegen einer guten Referenz.**

heit auf ihre eigene Weise und dem regionalen Gepräge entsprechend weiterzuverfolgen.»

Der ehemalige Tiefbauzeichner François Clément, der neu in der Unia-Baubranche für die Architektinnen und Ingenieure zuständig ist, wird noch viel zu tun haben. Er sagt: «Der Sektor ist derzeit gewerkschaftlich nicht stark organisiert. In diesen hochqualifizierten Bereichen war der Druck in letzter Zeit schlicht nicht vorhanden. Aber das beginnt sich nun zu ändern, wie wir im Tessin sehen.» (sr)



**PERVERSION:**  
Völlerei bei den Banken, die zur Mässigung aufrufen. Szene aus dem Skandalfilm «Das grosse Fressen» («La grande bouffe») aus dem Jahr 1973.

FOTO: ALAMY.COM

## Das reale Bruttoinlandprodukt pro Kopf sinkt, die Krankenkassenprämien steigen

# Sind wir ein Volk von Prassern?

**Der Aufschwung kommt nun doch nicht. Der Schweizerfranken ist immer noch massiv überbewertet. Und für UBS-Chef Ermotti sind wir alles Prasser.**

PETER BODENMANN

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hatte in den letzten Jahrzehnten immer mehr oder minder fähige Ökonomen:

● **Beat Kappeler** kritisierte in jungen Jahren die zweite Säule und trat für die Volkspension der PDA\* ein. Im Verlauf seines Lebens rutschte er arg nach rechts.

● **Serge Gaillard** war in jungen Jahren Trotzki. Danach Mitarbeiter bei der Konjunkturforschungsstelle der ETH, der KOF, bevor er zum Gewerkschaftsbund kam. Später wechselte er ins Staatssekretariat für Wirtschaft, das Seco. Und ist jetzt der wichtigste Chefbeamte des Bundes.

● **Daniel Lampart**, der Chefökonom des SGB, der von den Grünen kommt, vertritt ähnliche Positionen wie Serge Gaillard.



Peter Bodenmann.

FOTO: DANIEL RIHS

Serge Gaillard kritisierte in den 1990er Jahren die Hochzinspolitik der Schweizerischen Nationalbank (SNB). Zusammen mit der SP. Die Geschichte gab ihm recht: Erst als der Bundesrat den damaligen SNB-Chef Markus Lusser in die Pension schickte, konnte die Schweiz die lange Stagnationsphase überwinden.

### JORDAN WIE LUSSER

Jetzt macht SNB-Chef Thomas Jordan die gleichen Fehler wie einst Lusser. Im Januar 2015 hob Jordan den Mindestkurs auf. Dies unter dem Druck der Währungsspekulanten.

SGB-Chefökonom Daniel Lampart hat seither immer die richtigen Forderungen vertreten: Ein korrekter Wechselkurs zum Euro liegt im Bereich von 1.35 Franken bis 1.40 Franken pro Euro. Die Nationalbank hat die Mittel, diesen Wechselkurs durchzusetzen. Die Aufhebung des Mindestkurses zerstört unnötigerweise Zehntausende von Arbeitsplätzen. Leider hat der Druck der SP auf Jordan in den letzten Monaten unverständlicherweise etwas nachgelassen.

Der französische Ökonom Patrick Artus, ein Kenner der Schweiz, nimmt in der Westschweizer Sonntagszeitung «Le Matin Dimanche» wie folgt zur wirtschaftlichen Lage Stellung: «Wenn man aber die Industrie anschaut, ist der Franken viel zu stark, selbst mit dem aktuellen Wechselkurs. (...) Als die SNB den Mindestkurs von 1.20 Franken aufgab, der sich fast von alleine hielt, hat sie einen strategischen Fehler gemacht.» Seither sei sie gezwungen, noch viel massiver am Devisenmarkt zu intervenieren als vorher. Kurz, so Artus: «Ein totaler Misserfolg.»

### KEINE ERHOLUNG

Die SNB hat jede Menge bezahlte Agenten, die auf allen Kanälen die öffentliche Meinung beeinflussen. Obwohl die Fakten eine klare Sprache sprechen:

● Die Netto-Zuwanderung in die Schweiz nimmt ab. Gesamthaft dürfte sie für das Jahr 2017 bei 50 000 Zuwandernden liegen. So viel, wie einst SVP-Mann Adrian Amstutz gefordert hat. Der Rückgang der Zuwanderung wurde nicht über Erhöhung der Produktivität erreicht, sondern durch wirtschaftliche Stagnation.

● Pro Kopf – und nur darauf kommt es an – sank das reale Bruttoinlandprodukt in den ersten zwei Quartalen dieses Jahres.

Leider berücksichtigt der Teuerungsindex unter anderem die steigenden Krankenkassenprämien nicht korrekt. Sonst sähe die Bilanz noch viel schlechter aus. Trotzdem müssen alle Leserinnen und Leser von work diese ständig steigenden Krankenkassenprämien bezahlen, ohne dass sie entsprechend mehr Lohn bekommen.

### OHNE JORDAN, MIT STAATSFONDS

Selbst die Währungsspekulanten mögen nicht mehr so recht an den Franken als sicheren Hafen glauben. Deshalb wurde er im Verhältnis zum Euro 6 Prozent billiger, während er im Verhältnis zum Dollar noch einmal teurer wurde. Die Erfahrungen der neunziger Jahre lehren: Nur steter Tropfen zwingt einen einmal gewählten Nationalbankpräsidenten zum Rücktritt.

Spannend ist die Position des Genfer Bundesratskandidaten Pierre Maudet (FDP): Er will der Nationalbank einen Teil jenes Geld wegnehmen, das sie mit Gelddrucken angehäuft hat, und einen Staatsfonds schaffen.

Solche Staatsfonds legen Kapital im Auftrag eines Staates an und verwalten es. So, wie dies Norwegen mit beachtlichem Erfolg vorgemacht hat.

### WERDEN DIE ZINSEN STEIGEN?

Die meisten Zeitungsschreiber fordern US-Notenbankchefin Janet Yellen und EZB-Chef Mario Draghi auf, endlich die Zinsen anzuheben. Beide zö-

gern. Sie haben Angst, dass ihre jeweiligen Volkswirtschaften in die nächste Rezession rutschen. Weil das Wachstum zu schwach ist und die Inflation nicht so recht anzieht.

Das ist kein Nachteil für die Pensionskassen. Sie haben zunehmend

### Bei UBS-Ermotti und Postfinance-Köng scheint vor und hinter dem Hippocampus einiges verrutscht zu sein.

mehr Geld in Immobilien und Aktien investiert. Unter dem Strich fahren sie – real betrachtet – heute besser als nach einer Erhöhung der Zinsen.

Eine Alternative wären nur hohe staatliche Investitionen in die Zukunft. National und international. Von der Bildung bis hin zum ökologischen Umbau. Und dies auf Kosten jener Millionäre und Milliardäre, die in den letzten dreissig Jahren einen immer grösseren Anteil am wirtschaftlichen Kuchen beansprucht haben.

Leider geht, europäisch gesehen, der französische Staatschef Emanuel Macron genau in die falsche Richtung. Sein Ziel ist die Schaffung eines flexiblen Billiglöhnssektors, um so die Lohnstückkosten zu senken.

### DIE PRASSER VON DER UBS

Die Schweiz musste mit 60 Milliarden Franken die UBS retten. Weil kein privates Konsortium bereit war, der UBS zu helfen. Leider haben die Retter damals der UBS keine dauerhaften Daumenschrauben angelegt.

Nach dieser staatlichen Rettungsaktion versprachen alle Parteien: In Zukunft sinken die zu hohen Boni. Und Grossbanken werden so filetiert, dass die einzelnen Teile in Konkurs gehen können. Rein gar nichts davon ist geschehen. Noch immer ist die UBS too big to fail. Noch immer haftet der

Staat für UBS, Credit Suisse & Co. Ohne diese Staatsgarantie wären die Grossbanken längst untergegangen. Der Skandal: Sie zahlen keinen müden Rappen für diese staatliche Vollkaskogarantie.

Stattdessen steckte allein UBS-Chef Sergio Ermotti letztes Jahr 13 Millionen Franken Lohn und Boni in den eigenen Sack. Anstatt sich wenigstens zu bedanken, beschimpft er uns, seine Retterinnen und Retter, im «Blick»: «Die heutige Generation verprasst, was die vorangegangene aufgebaut hat.»

Der Hintergrund: Ermotti will die Bankenaufsicht Finma einschüchtern, damit er auf Kosten der Steuerzahlenden erneut noch grössere Risiken eingehen kann. Sind wir ein Volk von Prassern? Wahr ist wohl genau das Gegenteil: Der Prasser beschimpft seine Rettungskolonnen.

### KING KÖNG WILL PRIVATISIERUNG

Hansruedi Köng ist CEO der Postfinance. Die Postfinance gehört der Schweizerischen Post. Und diese immer noch zu 100 Prozent dem Bund. Auch bei Köng scheint, wie bei UBS-Ermotti, vor und hinter dem Hippocampus einiges verrutscht zu sein.

O-Ton von King Köng in seinem letzten Interview in der «Sonntagszeitung»: «Ich würde eine Privatisierung der Postfinance begrüßen.»

King Köng ist kein Unternehmer, sondern ein sehr gut bezahlter Angestellter, ein staatlicher Angestellter. Wenn der Bund seine indirekte Mehrheit an der Postfinance verkauft, haftet er weiter für die Postfinance, weil diese wie die UBS too big to fail ist.

Immerhin würde King Köng dann vier Mal mehr verdienen.

**PETER BODENMANN** (65) ist Hoteller in Brig. Von 1990 bis 1997 war er SP-Parteipräsident und von 1997 bis 1999 Walliser Staatsrat. Bodenmann schreibt regelmässig für work.

\* Am 3. Dezember 1972 erteilten die Stimmberechtigten der Volksinitiative der Partei der Arbeit (PdA) «für eine Volkspension» eine Abfuhr. Die Initiative wollte die AHV stärken. Faktisch hätte dies das Ende der öffentlichen und privaten Versicherungs- und Pensionskassen bedeutet.

## Erst mit 67 in Rente? Hart umkämpft

In den Medien hören wir, dass in vielen Ländern Rentenalter 67 bereits Realität sei. Das ist Unsinn. Der effektive Altersrücktritt ist früher. Im positiven Fall, weil geregelte Frührenten vorgesehen sind wie in einigen nordischen und lateinischen Ländern. Im negativen Fall, weil die Menschen schon früh und ohne Rente aus dem Erwerbsleben gedrängt werden. Und immer noch gibt es Länder mit ordentlichem Rentenalter unter 65 Jahren, so etwa Polen oder Frankreich. Auch bezüg-



Andreas Rieger ist Unia-Sekretär und vertritt den SGB im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB).

lich der Rentenhöhe gibt es in Europa alles mögliche: Länder wie die Niederlande, wo die Pensionierten fast gleich viel erhalten wie vorher im Erwerb. Länder wie Deutschland, wo die Löhne zwar recht gut sind, die Renten aber tief. Länder wie Spanien und Italien, die tiefe Löhne haben und im Vergleich dazu gute Renten.

Aber eines ist allen Ländern gemeinsam: Rentenalterregelungen und Rentenhöhe sind das Resultat von sozialen Kämpfen und Bündnissen. So sind die guten Volksrenten in Schweden das Resultat eines Bündnisses von Arbeiter- und Bauernbewegung schon vor dem Ersten Weltkrieg. Die guten Renten in den lateinischen Ländern sind das Resultat der Résistance am Ende des Zweiten Weltkriegs. Und in Österreich sind das tiefe Rentenalter und gute Renten Ausdruck von starken Gewerkschaften.

### In ganz Europa stehen die Renten unter Druck.

**SPARDIKTAT.** Weil die sozialen Kämpfe schwächer wurden, ist auch der Trend zur Verschlechterung der Altersvorsorge allgegenwärtig. Das Rentenalter wird erhöht, und die Renten werden magerer. In Griechenland etwa wurden sie in Folge des Spardiktats massiv zusammengekürzt. Aber auch in Deutschland sinken die Neurenten im Vergleich zum früheren Verdienst seit den Reformen der «Agenda 2020». Das ist jetzt ein Thema im deutschen Bundestagswahlkampf. Anne Buntenbach vom Deutschen Gewerkschaftsbund fordert deshalb einen Kurswechsel: «Alles andere führt geradewegs in den Abstieg und die Altersarmut von Millionen Menschen.»

# Velokuriere protestieren gegen schlechte Arbeitsbedingungen

## Notime: Auf Rädern in die Traufe



**KURIERE GEBEN GUMMI:** Nach der Kundgebung in Bern hat sich Notime bewegt, aber noch zu wenig.

FOTO: MANU FRIEDERICH

### Die Velokurierfirma Notime will ihr Personal endlich regulär anstellen. Aber wie!

CHRISTIAN EGG

Gerade mal 20 Franken und 80 Rappen pro Stunde: So viel sollen die etwa 400 Velokurierinnen und -kuriere der Firma Notime künftig als Grundlohn verdienen. Das ist mickrig, auch wenn auf diesen Betrag noch rund 10 Prozent Ferien- und Feiertagsentschädigung draufkommen.

Bisher deklarierte Notime die Angestellten als «Selbständige»,

ähnlich wie der Dumping-Taxidienst Uber. Das heisst: keine Sozialabgaben, keine Ferien, kein Lohn bei Krankheit (work berichtete). Nicht einmal eine Unfallversicherung – und dies, obwohl Transportjobs im Strassenverkehr laut Suva zu den zehn gefährlichsten Berufen zählen.

### KEINE ENTSCHÄDIGUNG

Dies immerhin will Notime jetzt ändern und alle Fahrerinnen und Fahrer per Arbeitsvertrag anstellen. Eigentlich eine gute Nachricht, sagt Fahrer Beni Stückelberger: «Im Frühling haben wir uns mit Hilfe der Unia organisiert und Delegierte gewählt, die mit der Firma verhandeln wollen. Dieser Druck hat offenbar etwas bewirkt.»

Nur eben: Mit den Bedingungen, die Notime vorschlägt, sind Stückelberger und seine Kollegen nicht einverstanden. Es ist nicht nur der tiefe Lohn, der sie stört. Auch sollen sie weiterhin ihr pri-

vates Velo und ihr privates Handy für die Arbeit benutzen, ohne dafür einen Rappen Entschädigung zu bekommen. Für Stückelberger ist klar: «Die Firma will ihre schlechten Arbeitsbedingungen weiterführen und gibt ihnen mit dem Vertrag nur ein schönes Mänteli. Das akzeptieren wir nicht.»

Kommt dazu: Wer den Vertrag unterschreibt, muss gleichzeitig rückwirkend auf alle Ansprüche verzichten. Mit anderen Worten sollen sich die Fahrerinnen und Fahrer sämtliche noch ausstehenden Sozialabgaben, Ferienzulagen und so weiter ans Bein streichen. Fahrer Luca Zappatini: «Wenn wir das unterschreiben, akzeptieren wir, dass Notime in den letzten zwei Jahren all diese Kosten auf uns abgewälzt hat. Es ist aber nicht okay.»

### 20 RAPPEN PAUSCHAL

Letzte Woche gingen Notime-Angestellte in Bern auf die Strasse und forderten bessere Bedingun-

gen. Jetzt hat die Firma bekanntgegeben, sie werde nun doch rückwirkend alle Sozialabgaben bezahlen. Auf Anfrage von work sagt Notime-Mitgründer Philipp Antoni auch, die Firma werde künftig fürs Benutzen von privaten Fahrrädern und Handys «eine Pauschale von 20 Rappen pro Stunde» bezahlen und Reparaturen übernehmen.

Doch den Fahrerinnen und Fahrern reicht das nicht. Denn Ve-

### Ein Vielfahrer braucht pro Jahr ein neues Velo und ein neues Handy.»

BENI STÜCKELBERGER, NOTIME-FAHRER

los und Handys werden bei Kurierfahrten extrem beansprucht. Notime-Kurier Beni Stückelberger weiss: «Ein Vielfahrer braucht etwa ein neues Fahrrad und ein neues Handy pro Jahr. Da reichen 20 Rappen nirgends hin.»

## Weingarten: Ex-Angestellte finden endlich Gehör

# Das Oltner Grusel-Heim wird geröntgt

### Seit Monaten machen Ex-Angestellte des Altersheims Weingarten auf Missstände aufmerksam. Jetzt reagiert der Kanton.

CHRISTIAN EGG

Dauernd zu wenig Pflegepersonal, ein respektloser Führungsstil, aber auch Matratzen voller Urin und zu wenig Essen für die Bewohnerinnen und Bewohner: Von diesen Missständen berichteten Ex-Mitarbeitende des Altersheims Weingarten in Olten diesen Sommer im work. Endlich haben die Behörden reagiert: Jetzt soll eine externe Stelle das Heim untersuchen.

Dies gab der Kanton an einem Treffen mit den Ex-Angestellten bekannt. Unia-Gewerkschafterin Selen Baskara kommentiert: «Ein toller Erfolg!»

**ERST GESCHAH NICHTS.** Die zuständige Kommission der Bürgergemeinde Olten hatte zunächst versucht, das Problem auszuspitzen. Bereits im April hatte die Gruppe, unterstützt von der Unia, die Kommission über die Missstände infor-



**GENAUER HIN-SCHAUEN:** Bereits im Juni berichtete work über die Missstände im Oltner Altersheim.

miert und um ein Treffen gebeten. Doch nichts geschah. Erst als die Gruppe an den Kanton gelangte, kam Bewegung in die Sache.

Auch die Pflegeerin Lilliane Gertsch\* freut sich über das Ergebnis. Sie hat letztes Jahr ihren Job im Weingarten gekündigt, weil sie es nicht mehr aushielt. «Jetzt hoffe ich, dass sich die Lage dort bessert.» Für diejenigen, die noch dort arbeiten. Aber auch für die Bewohnerinnen und Bewohner: «Die können nicht so einfach weg, es ist ja ihr Zuhause.» Der Präsident der Kommission schreibt work, er weise die Vor-

würfe zurück. Auf die Missstände im Einzelnen geht er aber nicht ein.

**PFLEGE-GAV.** Es gibt in der ganzen Schweiz viele andere Heime, in denen es ebenfalls nicht zum besten bestellt ist. «Es kann nicht sein, dass die Belegschaft überall monatelang Druck machen muss, bis sich etwas bewegt», sagt Unia-Frau Baskara. Man sollte diese Dinge nun für alle verbindlich regeln. Deshalb ist für sie klar: «Es braucht jetzt einen landesweiten Gesamtarbeitsvertrag in der Langzeitpflege!»

### Pflege-Aktionstag: In Menschen investieren

Spardruck, Stress und schlechte Arbeitsbedingungen sind in der Pflege heute weit verbreitet. Dagegen wehrt sich das Pflegepersonal am 7. Oktober mit einem nationalen Akti onstag. Das Motto: «In Menschen investieren, statt Gewinnmaximieren!» Mehr Infos: [www.gutepflege.ch](http://www.gutepflege.ch)

## UNIA online



### Nützliche Hinweise für Asbestopfer

Seit diesem Sommer bietet der Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA) Betroffenen finanzielle Unterstützung und psychologische Beratung an. Asbestkranke und Angehörige können sich an den Care-Service des Fonds wenden und erhalten kostenlose Beratung und Betreuung. Der jahrelange Einsatz der Gewerkschaften für diesen Fonds hat sich ausgezahlt (siehe auch Seiten 12/13: «Endlich fliesst Schmerzensgeld!»). Alle Informationen und Kontaktangaben zu Entschädigungsfonds und Care-Service finden Sie unter [www.unia.ch/asbest](http://www.unia.ch/asbest)

\* Name geändert



RUND UM DIE UHR VERFÜGBAR: 15 Stunden soll der «tägliche Arbeitszeitraum» gemäss dem Vorstoss der Deregulierer umfassen.

«Angestellte Schweiz» provozieren:

# 60 Stunden chrampfen!

**Kaum zu glauben, aber Angestellte Schweiz bezeichnet sich als Arbeitnehmerverband.**

CHRISTIAN EGG

60 Stunden pro Woche, das sind fünfmal ein Zwölf-Stunden-Tag. Oder täglich zehn Stunden von Montag bis und mit Samstag. Das soll künftig «zeitlich beschränkt» erlaubt sein, und zwar für alle Arbeitnehmenden, die ihre Arbeitszeit mehrheitlich frei bestimmen können. Für sie soll auch die Zeit für Schlaf und Familie auf nur noch neun Stunden pro Nacht verkürzt werden, so dass der «tägliche Arbeitszeitraum» 15 Stunden beträgt.

Diese Forderungen kommen nicht etwa von einem Arbeitgeberverband. Auch nicht von irgendeinem neoliberalen Think-

Tank. Aufgestellt hat sie Ende August viel mehr eine «Plattform» aus vier Arbeitnehmerverbänden, darunter auch KV Schweiz und Angestellte Schweiz.

Wie kommt ein Verband, der die Angestellten sogar in seinem Namen trägt, dazu, solche Forderungen aufzustellen? Unia-Industriechef Corrado Pardini kann nur den Kopf schütteln: «Für eine Organisation der Arbeitnehmenden sollte doch die Gesundheit an erster Stelle stehen. Und sie sollte sich dafür einsetzen, dass die Freizeit als solche erhalten bleibt. Beides verletzen diese Verbände mit ihrer Forderung sträflich.»

**«ANGESTELLTE», NICHT «ARBEITER»**

Angestellte Schweiz hat nach eigenen Angaben rund 20 000 Mitglieder und bezeichnet sich als «Dachverband von Angestelltenvereinigungen in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM) sowie der Chemie/Pharma». Der Verband ist das Produkt mehrerer Fusionen von Angestelltenverbänden dieser beiden Branchen. Das Schlüsselwort ist «Angestellte», nicht «Arbeiter». Viele dieser Verbände entstanden vor knapp hundert Jahren, gegen Ende des Ersten Weltkriegs. Sie waren von Anfang an ein Zusammenschluss des bessergestellten technischen und kaufmännischen Personals und des Kaders. Und sie blieben es, wie eine Statistik aus jüngerer Zeit belegt: 2003 erhob der damalige MEM-Angestelltenverband die Löhne seiner Mitglieder. Der Durchschnittslohn war bei knapp 7200 Franken. Davon können Búezer nur träumen.

**NUN AUCH IM BAU AKTIV**

Die 60-Stunden-Woche ist nicht das erste Mal, dass Angestellte Schweiz gegen die Interessen der Angestellten handelt. Schon 2013 nahmen sie eine arbeitnehmerfeindliche Position ein (siehe Text nebenan). Und diesen Sommer wurde der Verband plötzlich im Ausbaugewerbe aktiv. Völlig überraschend gab er bekannt, er habe mit den Arbeitgebern einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für die Bodenleger ausgehandelt.

Bruna Campanello vom Sektor Gewerbe in der Unia kritisiert den Verband scharf: «Angestellte Schweiz hat null Ahnung von der Baubranche. Es würde mich nicht wundern, wenn die einzigen Bodenleger unter ihren Mitgliedern haben.» Dazu kommt: Die Unia mit über 600 Bodenlegerinnen und Bodenlegern als Mitgliedern hat die Arbeitgeber der Branche mehrmals eingeladen, einen GAV auszuhandeln. Sie erhielt jedes Mal eine Abfuhr.

**PROTESTKARTENAKTION**

## HÄNDE WEG VOM ARBEITSGESETZ!

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament greift das Arbeitsgesetz frontal an: keine Arbeitszeiterfassung mehr für einen grossen Teil der Arbeitnehmenden und keine Obergrenze der wöchentlichen Höchstarbeit (work berichtete). Besonders im Fokus: der Dienstleistungssektor. Dagegen organisiert die Unia jetzt einen Protestkartenversand ans Parlament. Ein entsprechender Flyer wird demnächst in den Betrieben und auf der Strasse verteilt. So können Sie mit-

- den Protest online unterschreiben: [www.unia.ch/protest-parlament](http://www.unia.ch/protest-parlament),
- Flyer bestellen: Mail an [tertiaer@unia.ch](mailto:tertiaer@unia.ch), Vermerk «Protestkarte».

Angestellte Schweiz gibt work keine Auskunft darüber, wie viele Bodenleger sie unter ihren Mitgliedern haben. Sprecher Hansjörg Schmid schreibt nur: «Wir handeln mit unseren Positionen im Auftrag unserer Mitglieder.»

**EIN LOHNDUMPING-GAV**

Der neue GAV solle jetzt für die ganze Schweiz allgemeinverbindlich erklärt werden, so Angestellte Schweiz. Doch das sei «absurd», sagt Campanello. Denn in der Romandie, im Tessin und in Basel-Stadt gibt es bereits allgemeinverbindliche GAV für Bodenleger: «Diese sind zudem viel besser als dieser neue Pseudo-GAV.» Ein Beispiel: In der Romandie beträgt der Mindestlohn für einen Bodenleger frisch ab Lehre 4682 Franken. Laut dem neuen GAV soll der gleiche Bodenleger fast tausend Franken weniger bekommen, nämlich nur 3750 Franken. Für Brunna Campanello ist klar: «Das ist ein richtiger Lohndumping-GAV.»

## workfrage: Was meinen Sie zur 60-Stunden-Woche?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema! Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe. E-Mail oder Brief an: [work\\_Frage](mailto:work_Frage), Postfach 272, 3000 Bern 15, [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch)



**la suisse existe**  
Jean Ziegler

## GEHEIMTREFFEN IN BERN

In diesem Monat jährt sich zum 15. Mal der Uno-Beitritt der Schweiz. Am Anfang stand dabei ein geheimes Treffen in Bern.

Es war ein lauer Frühlingmorgen im Jahr 2000. Die beiden Herren waren unruhig. Seit geraumer Zeit schon warteten sie in einem

**Grotesk: Die Bundesräte Ogi und Deiss verlangten von Kofi Annan einen klaren Machtmissbrauch.**

diskreten Sitzungszimmer im Westflügel des Bundeshauses. Ihr Gast hatte Verspätung. Endlich

meldete der Weibel, die schwarze Limousine mit dem blauen Uno-Wimpel sei soeben vorgefahren. Bundespräsident Adolf Ogi und Aussenminister Joseph Deiss begrüsst Kofi Annan aufs herzlichste. Der Uno-Generalsekretär war als Freund gekommen.

**EIN FREUND DER SCHWEIZ.** Das Gesprächsthema war äusserst heikel und verlangte höchste Diskretion: Auf Initiative von Ogi und Deiss hatte der Bundesrat beschlossen, innert absehbarer Frist eine neue Uno-Abstimmung zu wagen. Das Volk hatte den Beitritt der Schweiz zur Weltorganisation 1987 massiv abgelehnt. Ogi und Deiss wussten: Christoph Blocher und seine SVP würden auch diesmal mit dem Hammerargument mobilisieren, dass der Uno-Beitritt die Neutralität verletze. Ogi und Deiss wollten deshalb vom Generalsekretär das Versprechen einer öffentlichen Erklärung, wonach die Uno die schweizerische Neutralität anerkennen und respektieren werde. Das Ansinnen war grotesk: Es gibt keinen bedingten Uno-Beitritt. Die beiden Bundesräte verlangten von Kofi Annan einen klaren Machtmissbrauch. Ein Generalsekretär kann keinen eingeschränkten Beitritt autorisieren. Trotzdem – oh Wunder – kam im Bundeshaus West der Deal zustande! Annan und mehrere westliche Regierungen wollten seit langem den Uno-Beitritt der Schweiz. Seit 1946 genoss sie als erster Staat in der Geschichte der Weltorganisation Beobachterstatus, hatte aber kein Stimmrecht. Kam hinzu und wichtiger noch: Kofi Annan kannte und liebte die Schweiz. In jungen Jahren hatte er hier 18 Jahre gelebt, zuerst als Student, dann als Beamter des Hochkommissariats für Flüchtlinge.

**HELVETISCHE STIMMUNG.** Visionär und analytisch gescheit hatten Ogi und Deiss die helvetische Stimmung eingeschätzt. Christoph Blocher stritt zwar wie ein Löwe gegen das «Uno-Abenteuer». Aber diesmal verlor er. Am 3. März 2002 stimmten 54,6 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger für den Beitritt. Ein halbes Jahr später, am 11. September, wehte eine frische Brise vom Atlantik herüber. Vor dem Uno-Hauptsitz in New York wurde die Schweizer Fahne gehisst, für das neue, das 190. Mitglied der Vereinten Nationen. In stummer Ergriffenheit standen Ogi und Deiss vor dem Fahnenwald. Seither zeichnet sich die Schweiz als einer der aktivsten, kreativsten und prestigereichsten Staaten der Weltorganisation aus. Ihre Uno-Diplomatie verdient volle Unterstützung.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein neuestes Buch, «Der schmale Grat der Hoffnung», ist im März 2017 im Bertelsmann-Verlag erschienen.

## Kreuzzug gegen Mindestlöhne

Es ist nicht das erste Mal, dass Angestellte Schweiz dafür plädiert, dass Arbeitnehmende den Firmen möglichst allzeit verfügbar sein sollten: Schon während der Verhandlungen zum Gesamtarbeitsvertrag der MEM-Industrie 2013 wollte der Verband die Arbeitszeit auf den Samstag ausdehnen. Corrado Pardini, damals Leiter der Unia-Verhandlungsdelegation, erinnert sich mit Schmunzeln: «Mit diesem Ansinnen wurden sie sogar von Arbeitgebern gestoppt.»

**JIHAD.** Die Verhandlungen waren aber vor allem geprägt durch das Ringen um Mindestlöhne. Seit dem historischen «Friedensabkommen» von 1937 gab es den MEM-Vertrag bereits, aber immer ohne Mindestlöhne. Die Unia war entschlossen, dies endlich zu ändern. Die Arbeitgeber waren dagegen, und Angestellte Schweiz schlug sich auf die Seite der Arbeitgeber. Mit Vehemenz, wie Pardini berichtet: «Einen richtigen Jihad gegen Mindestlöhne haben sie geführt. Bei solchen «Freunden» braucht man keine Gegner.» Das Ende ist bekannt: Der Jihad scheiterte, die Mindestlöhne kamen in den Vertrag. Zum ersten Mal seit 76 Jahren. (che)



**BUCHTIPP** Spannend wie ein Krimi: Wie die Unia 2013 den Poker um die MEM-Mindestlöhne gewann, hat work-Autor Oliver Fahmi im Buch «Heavy Metall» beschrieben. Seismo-Verlag, ca. Fr. 38.–.

Sozialer Sprengstoff: Inflation und Wucher im Weltkrieg

# «Die Herren Kapitalisten schwimmen im Gold»

**Die Aktionäre sahn ab, das Volk hungerte, und der Bundesrat trödelte: Vor dem Generalstreik 1918 spitzten sich die Gegensätze in der Schweiz zu.**

RALPH HUG

Als 1914 der Weltkrieg ausbrach, war der Gewerkschaftsbund erst 35 Jahre alt. Er zählte 19 Verbände und 65 000 Mitglieder. Nur vier Jahre später hatte sich die Mitgliederzahl fast verdreifacht. Viele Büezer erkannten, dass sie alleine nichts ausrichten konnten. Und setzten aufs Kollektiv. Der enorme Zulauf widerspiegelt aber auch die Industrialisierung. Damals wandelte sich die kleine Schweiz vom Agrarland zur Industrienation. Die Uhrenindustrie stellte nach Kriegsausbruch um und produzierte Munition auf Teufel komm raus. Viele Geschäfte liefen dank dem Krieg wie geschmiert. Aktionäre wurden reich. Sulzer und Sandoz schütteten Monsterdividenden bis zu 25 Prozent aus. Der «Textil-Arbeiter» schrieb im Mai 1917: «Die Herren Kapitalisten schwimmen im Gold.»

## SINKENDE LÖHNE

Die Büezer hatten nichts davon. Während die Lebensmittelpreise explodierten, sanken die Reallohne um bis zu 30 Prozent. Streiks waren an der Tagesordnung. Auch unter Metallarbeitern: Hatten sie 1905 noch 21 Mal die Arbeit niedergelegt, war es 1917 schon 68 Mal. Die «Metallarbeiter-Rundschau» listete auf Dutzenden von Seiten alle Arbeitskämpfe fein säuberlich auf. Fast immer ging es um Lohn und Teuerungszulagen. Manchmal auch um eine Reduktion der Arbeitszeit von damals zehn Stunden pro Tag. Im Juni 1917 streikten in der Berner Strickereifabrik Ryff & Co. AG 300 Arbeiterinnen mehrere Tage lang gegen Tieflohne und für eine Teuerungszulage von 20 Prozent. Der Patron offerierte 10 Prozent. Da gingen die Arbeiterinnen wieder an die Maschine.

## 69 FORDERUNGEN

Aber das Hauptproblem war die Verteuerung der Lebensmittel und der Mieten.



**AM HUNGERTUCH:** Wie in anderen Ländern auch, führte die Verknappung von Nahrungsmitteln gegen Ende des Ersten Weltkriegs in der Schweiz zu Verteilungskämpfen und sozialer Unrast. FOTO: TITELBLATT «NEBELSPALTER», 19. MAI 1917

Der Gewerkschaftsbund bombardierte den Bundesrat im Monatstakt mit Forderungen nach Notstandsarbeiten, Preiskontrollen, Subventionen für Arbeitslosenstellen, Abgabe von verbilligten Nahrungsmitteln, Höchstpreisen für Kartoffeln, Brotationen für Schwerarbeiter, Obstausfuhrverboten oder Mindestlöhnen. Eine interne Liste führt zwischen August 1914 und August 1917 insgesamt 69 Forderungen auf. Doch der stockbürgerliche Bundesrat blieb gefangen im wirtschaftsliberalen Dogma. Nur sehr zögernd und viel zu spät erliess er Einschränkungen. Die Brotrationierung kam im Oktober 1917, Fettkarten wurden ab März 1918 ausgegeben. Und erst im Juli 1918 erfolgte die Rationierung von Milch. Das Organ «Der Zimmermann» schrieb: «Der Kampf gegen den Wucher wird mit stumpfen Waffen geführt.»

## VERBITTERTE ARBEITER

Dies trieb die Gewerkschaften und die SP auf die Barrikaden. Im August 1917 verlangte der Präsidenten Oskar Schneeburger und Emil Klöti in einer Eingabe an Bundespräsident Edmund Schulthess,

weitere Preisaufschläge bei der Milch zu verhindern und ein Kohlenmonopol einzuführen. «Die Erbitterung in der Arbeiterschaft ist derart, dass ein energischer Eingriff nicht mehr umgangen werden darf.»

Um zu zeigen, dass es ihnen ernst war, riefen sie am 30. August zu einem halbtägigen Warnstreik mit Demos im ganzen Land auf. Das war sozusagen die Generalprobe zum Generalstreik gut ein Jahr später. Die «Metallarbeiter-Zeitung» rapportierte zufrieden: «An zahlreichen Orten kam die Empörung der Arbeiterschaft gegen Profittsucht, Schiebertum und Hamsterei.»

METALLARBEITER-ZEITUNG, 1917

## Scharfe Töne in der Arbeiterpresse gegen Bundesrat und Kriegsgewinnler «Verrücktes Huhn der Militärkamarilla»

**Da fliegen noch die Fetzen. Die Gewerkschaftsblätter schossen scharf gegen Bundesrat und Bürgertum. Und manchmal auch gegen die eigenen Kollegen.**

RALPH HUG

Im Juni 1916 haute es der «Tagwacht» den Nuggi raus. Das Berner SP-Blatt richtete die Kanone gegen das Bundeshaus und schrieb: «Jawohl, ihr sieben Weisen vom Morgenlande, heute braucht es nur noch ein Fünkchen, und das ganze Fass explodiert. Nun ist genug. Das Proletariat ist am Verhungern, und wir können nichts verlieren, nur gewinnen.» Klare Worte gegen den passiven Bundesrat, der viel zu wenig gegen die akute Versorgungskrise unternahm, waren in der Linkspresse an der Tagesordnung.

## MOBILISIEREN, ORGANISIEREN.

Stets galt es auch, die eigenen Leute für die Teuerungsdemos zu mobilisieren. «Auf die Posten!» rief die «Holzarbeiter-Zeitung» im August 1916 ihre Leser auf. Sie sollten hinaus auf die Strasse, aber «mit mus-

tergültiger Disziplin». Der Gewerkschaftsbund selber heizte in einem Manifest den Kampfgeist an, indem er die verhassten Wucherer und Hamsterer anprangerte: «Die Spekulanten treiben ihr verbrecherisches Gewerbe der Volksauswucherung mit einer Schamlosigkeit ohnegleichen.» Die «Metallarbeiter-Zeitung» drohte im September 1917 reichen Hamstereern einen Besuch durch die Arbeiterschaft an. Diese könnte irgendwann «selber eine Bestandaufnahme in den Kellern und anderen mit Lebensmitteln vollgestopften Räumen» vornehmen.

Besonders ins Zeug legte sich die «Holzarbeiter-Zeitung». Sie attackierte den Bundesrat hart und warf ihm im Januar 1917 vor, er habe neun dreissig Monate lang «das Volk am Narrenseile herumgeführt». Die wachsende Not berühre ihn «nicht mehr als ein Flohbiss». Gegen weitere Einberufungen und Militäraufgebote an die Grenze ätzte das Blatt so: «Irgendein verrücktes Huhn der Militärkamarilla» habe dem Bun-



desrat mal wieder ins Ohr gesetzt, dass die Deutschen und Franzosen schon ihre Kanonenräder geschmiert hätten, um der Schweiz in die Flanke zu fallen.

## ESSEN STATT STAHLHELM.

Dasselbe Blatt publizierte neun Monate vor dem Generalstreik den Kommentar «Der Sturm naht». Alle Anzeichen würden darauf hindeuten, dass sich das Proletariat «keine neuen Schräpfkuren» mehr gefallen liesse. Das war schon fast visionär. Der Kommentator forderte «billiges Brot, billiges Fleisch, billige Milch und billige Wohnungen statt Stahlhelme und neue Divisionsaufgebote». Andernfalls müssten die Arbeiterbataillone am 1. Mai in einen Hunger-Generalstreik treten und das Land 24 Stunden lang lahmlegen. Diese scharfen Worte gerieten

der «Metallarbeiter-Zeitung» in den falschen Hals. Sie zog den Kommentar mit der Bemerkung ins Lächerliche, ein Hungerstreik der Arbeiter käme dem Bundesrat nur gelegen, da er dann weniger Lebensmittel verteilen müsse. Hier blitzt der ideologische Gegensatz zwischen der kämpferischen Bau- und der eher gemässigten Metallgewerkschaft auf.

Solche Differenzen blieben aber die Ausnahme. Der Klassenfeind sass für die Gewerkschaftsblätter klar im Bundeshaus und in den Chefetagen. Der «Textil-Arbeiter» schrieb angesichts der steigenden Gewinne der Wirtschaft: «Also Geld wie Heu! Es ist das goldene Zeitalter des Kapitals bei gleichzeitigem Untergang der europäischen Kultur!»

Mitarbeiter: Rita Lanz, Unia-Archivarin.



**VEREINT IM KAMPF GEGEN DIE KRISE.** Marktfräuen verlangen behördliche Kontrollen und garantierte Höchstpreise für Nahrungsmittel. FOTOS: STAATSARCHIV DES KANTONS BERN

## Landesstreik 1918: Die Frauen rebellierten schon ein Jahr früher

# Klassenkampf mit Kartoffeln

## Vor dem Generalstreik standen die «Kartoffel-Krawalle»: Frauen wehrten sich gegen Spekulation und Preistreiberei. Ein Blick auf die Pionierinnen des Landesstreiks.

RALPH HUG

War das ein Flashmob? Jedenfalls lief es so: Am 1. Juli 1916, mitten im Ersten Weltkrieg, versammelten sich um 8 Uhr morgens einige proletarische Frauen vor dem Berner Parlamentsgebäude. Ein Teil setzte sich ab und strömte zum Markt. Dort knöpften sie sich Marktfräuen vor, die Kartoffeln, Eier und Gemüse zu überhöhten Preisen verkauften. Teils handgreiflich zwangen sie sie, die Preise zu senken. Bei Widerstand drängten sie die Marktfräuen weg und verkauften die Härköpfel selbst. Reiche Kundinnen schimpften und suchten das Weite. So verlief eine der vielen Marktdemonstrationen des Kriegsjahrs 1916. Solche gab es auch in Zürich, Biel, Thun und Grenchen.

## «Wo sich die Frauen wehrten, gingen die Preise spürbar zurück.»

REGULA PFEIFER, HISTORIKERIN

ein Auflauf im Gang, schlossen sich ihm viele spontan an. Das machte Eindruck und hatte Erfolg. Die Presse berichtete, die Frauen hätten am Protesttag die Kartoffelpreise um volle 30 Rappen drücken können. Am zweiten Demo-Tag in Bern, dem 4. Juli, marschierten die Frauen vors Bundeshaus, angeführt von Rosa Grimm, der Gattin des Arbeiterführers Robert Grimm. Dort stand jedoch die Polizei und blockte jede weitere «Akschen» ab. Am Mittag bildete sich erneut eine «lärmende

## ARBEITERINNENVEREINE

In Biel artete die Marktdemo zu einem Massenaufmarsch aus. «Tausende», hiess es nachher in der Zeitung, hätten sich zusammengetan und gegen Wucherer und Preistreiberei protestiert. Meistens sei die Polizei eingeschritten, schreibt die Historikerin Regula Pfeifer, die das Phänomen untersucht hat. Es gab Beschimpfungen, Rempelen, Blessuren und Verhaftungen. Teils wurden auch Körbe umgekippt, und die Kartoffeln küllerten auf den Boden. Glücklicherweise sei gewesen, wer eine «Grundbirne» habe erhaschen können, notierte ein Lokalblatt. Zunächst war unklar, wer hinter den Aktionen steckte. Regula Pfeifer fand heraus, dass es die sozialdemokratischen Arbeiterinnenvereine waren: «Die Frauen jener Vereine bildeten den Kern der Demonstrantinnen.»

Volksmenge», wie eine Zeitung schrieb. Diese ebte aber bald wieder ab. Einen Monat später war der Spuk der Marktdemonstrationen vorüber. Er blieb aber nicht ohne Folgen. Die Sozialistinnen hatten auch den Berner Polizeidirektor Lang belagert. Der war für die Märkte zuständig und musste bessere Kontrollen versprechen. Einen klaren Erfolg verbuchten die Zürcher SP-Frauen. Nach ihrer Intervention setzte der Polizeivorstand im Amtsblatt Höchstpreise für Kirschen, Johannisbeeren, grüne Bohnen und Eier fest. Beim Volkswirtschaftschef des Kantons verlangten sie einen Verkaufszwang und Höchstpreise für Kartoffeln im ganzen Kanton, zudem eine Abgabe von Fleisch zu reduzierten Preisen an bedürftige Familien. Eine Vertreterin des Arbeiterinnenvereins wurde darauf an eine Teuerungskonferenz der Gemeinden eingeladen.

## HÖCHSTPREISE FÜR OBST UND EIER

Diese ebte aber bald wieder ab. Einen Monat später war der Spuk der Marktdemonstrationen vorüber. Er blieb aber nicht ohne Folgen. Die Sozialistinnen hatten auch den Berner Polizeidirektor Lang belagert. Der war für die Märkte zuständig und musste bessere Kontrollen versprechen. Einen klaren Erfolg verbuchten die Zürcher SP-Frauen. Nach ihrer Intervention setzte der Polizeivorstand im Amtsblatt Höchstpreise für Kirschen, Johannisbeeren, grüne Bohnen und Eier fest. Beim Volkswirtschaftschef des Kantons verlangten sie einen Verkaufszwang und Höchstpreise für Kartoffeln im ganzen Kanton, zudem eine Abgabe von Fleisch zu reduzierten Preisen an bedürftige Familien. Eine Vertreterin des Arbeiterinnenvereins wurde darauf an eine Teuerungskonferenz der Gemeinden eingeladen.

## DIE FRAU IM KOMITEE

Diese Strategie trug die Handschrift einer politisch versierten Frau: Rosa Bloch-Bollag (1880–1922), die schweizerische Rosa Luxemburg. Sie war nicht nur die



**ROSA LUXEMBURG DER SCHWEIZ.** Frauenrechtlerin und Streikorganisatorin Rosa Bloch-Bollag. FOTO: SCHWEIZ, SOZIALARCHIV

Präsidentin der schweizerischen Arbeiterinnenvereine. Als einzige Frau sass sie auch im Oltner Aktionskomitee, das im November 1918 den Landesstreik der Schweiz organisierte. Bloch war Redaktorin der Blatts «Die Vorkämpferin» und schrieb flammende Aufrufe für die Emanzipation der Frau. Die Bürgerlichen hassen sie wie die Pest und vertuefelten sie nach Kräften. Bei ihnen hiess sie nur «Brillanten-Rosa», weil sie früher als Verkäuferin in einem Juweliengeschäft gearbeitet hatte.

Am 10. Juni 1918 war Bloch in aller Munde. An diesem regnerischen Tag führte sie eine «Hungerdemonstration» an. An die tausend Arbeiterfrauen zogen vom Zürcher Volkshaus über die Bahnhof-

strasse zum Rathaus. Sie forderten eine sofortige Beschlagnahmung von Lebensmitteln und deren Verteilung an darbenende Familien. Auch in Luzern gab es im August 1917 einen Hungermarsch, an dem sich über 3000 Leute beteiligten.

## EIN MORD?

In den berühmten zehn Forderungen zum Generalstreik bezogen sich zwei auf die Ernährungskrise: Ausbau der Lebensmittelversorgung, Staatsmonopole für Import und Export. Dank Rosa Bloch war auch das Frauenstimmrecht im Forderungskatalog des Streikkomitees enthalten. Die Tragik der Geschichte wollte es, dass Bloch just am Ernährungsmangel starb, den sie so sehr bekämpfte. Sie litt an einem Kropf, zu wenig jodiertes Salz war die Ursache. Bei der harmlosen Operation verblutete sie. Ihr Mann Sigfried Bloch glaubte nicht an einen Kunstfehler. Er war überzeugt, dass Rosa umgebracht wurde. Die Marktkrawalle zeitigten Wirkung. Wo sich die Frauen wehrten, seien die Preise spürbar gesunken, schreibt Pfeifer. Doch das Grundproblem konnten die militanten Frauen nicht lösen. Kriegsbedingt hatte sich die Versorgungslage seit 1914 stetig verschlechtert. Die Einfuhr von Weizen ging zurück. Kohle wurde knapp, und die Preise schossen in die Höhe. Innter dreier Jahre verdoppelte sich der Brotpreis, für Eier bezahlte man dreimal mehr, Fleisch war für viele Familien unerschwinglich.

## HUNGERNDE ARBEITER

Der Umwelthistoriker Christian Pfister fand heraus, dass schlechtes Wetter und

Missernten dazu beitrugen, dass sich die Versorgungsfrage dramatisch zuspitzte. Im Juni 1916 schneite es bis in tiefe Lagen, dann folgte Dauerregen. Der Frühling 1917 war eiskalt. Die Kartoffelernte war mies, Schnee und Regen verderben das Heu und liessen die Milchherträge einbrechen. Pfister spricht für jene Jahre gar von einer «kleinen Eiszeit».

In den meisten Arbeiterhaushalten regierte nicht nur König Schmalhans, sondern blanker Hunger. Die Empörung über passive Behörden, Spekulantentum und Hamsterkäufe durch Reiche breitete sich immer mehr aus. So titelte die «Holzarbeiter-Zeitung» im Februar 1917 visionär: «Der Sturm naht.» Der Teppich für den Generalstreik war ausgelegt.

## Gedenkjahr: 100 Jahre Landesstreik

2018 jährt sich der Generalstreik zum 100. Mal. Dazu fi ndet am 10. November in Olten ein zentraler Jubiläumsanlass statt. Das Gedenkjahr wird mit zahlreichen Projekten begangen, u. a. einem Laientheater, Ausstellungen, Tagungen, Filmen und TV-Produktionen. Über die geplanten Aktivitäten informiert die Website [www.generalstreik.ch](http://www.generalstreik.ch). Bereits am kommenden 15. November organisiert der Gewerkschaftsbund in Bern eine Tagung für alle Interessierten. Sie geht den Ursachen, Konflikten und Folgen des Landesstreiks aus der historischen Perspektive nach. Anmeldungen via Website.



## Service public: Schweiz braucht flächendeckend 5G

**Das 5G-Netz wird kommen. Für wen, wann und zu welchem Preis? Und mit wie vielen Antennenwäldern?**

**CHAPEAU 1:** Doris Leuthard hat die Energiewende entkernt. Und trotzdem steht sie als strahlende Siegerin einer Energiewende da. Weil Grüne und Linke in ihrem Boot sitzen, das keine Fahrt aufnimmt.

**CHAPEAU 2:** Alpiq und Axpo tricksen, dass sich die Bretter biegen. Neu werden sogar nicht realisierte Gewinne als Verluste ausgewiesen. Damit die rentable Wasserkraft weiter die Atomkraftwerke queranzitiert, will der Bundesrat jetzt sogar die Wasserzinsen senken. Betroffen wäre – neben andern – vorab das Bergell.

**CHAPEAU 3:** Die flächendeckende Versorgung der Schweiz mit Glasfaserkabeln kommt nicht voran. Weil diese nicht Bestandteil der faktisch vom Departement Leuthard definierten Grundversorgung waren, sind und leider bleiben. Jetzt werden 5G-Netze die ganze Branche aufmischen.

Die «Aargauer Zeitung» berichtet Ende August direkt aus Genf: «Laut der Chefin des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) geht bei der Digitalisierung nichts ohne die nächste Mobilfunkgeneration 5G, die mehr Geschwindigkeit und kürzere Reaktionszeiten ermöglicht.» – «Wir müssen das schaffen.

In vier Jahren haben wir sonst ein Riesenproblem», sagte die Bundespräsidentin. Man müsse die Rahmenbedingungen für Unternehmen schaffen, damit diese sich der Digitalisierung anpassen könnten.

**MEHR ANTENNENSTANDORTE.** Sorry, es geht nicht nur um die Unternehmen. Nein, es geht um die grosse Mehrheit der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen, die als Bestandteil des Service public flächendeckend und zu vernünftigen Preisen am technischen Fortschritt teilhaben wollen.

Es wird langsam Zeit, dass SP, Grüne und Gewerkschaften eine – wenn immer möglich gemeinsame – Position in Sachen 5G-Netze entwickeln. Dazu einige Anregungen:

- Ohne ein flächendeckendes 5G-Netz gibt es kein flächendeckendes autonomes Fahren. Ohne autonomes Fahren keinen zukunftsweisenden ökologischen Umbau der Mobilität Richtung Aufhebung des Individualverkehrs.
- 5G-Netze brauchen – Stand der Technik heute – mehr Antennenstandorte als die heutigen 4G/LTE-Netze. Der Aufbau mehrerer paralleler Netze wird auf mehr Widerstand stossen. Und den Umstieg verzögern.



**ZUNEHMENDE DIGITALISIERUNG: Ohne die nächste, schnellere Mobilfunkgeneration droht die Schweiz ins Hintertreffen zu geraten (im Bild: Zürich by night)** FOTO: MADGEOGRAPHER/Flickr

- Niemand käme auf die Idee, parallele Stromnetze zu bauen. Ebenso wenig ergibt es ökonomisch und ökologisch Sinn, mehrere parallele 5G-Netze zu erstellen.
- Nur eine gemeinsame Infrastruktur senkt die Kosten.
- Damit die regionalen Differenzen in der Schweiz nicht noch grösser werden, müssen alle Unternehmen und Haushalte zeitnah und zu gleichen Preisen Zugang zum 5G-Netz haben. Alle diese Fragen

entscheiden sich schwegewichtig in Bern. Es gibt strukturell politische Mehrheiten für technischen, sozialen und regionalpolitischen Fortschritt, wenn es ein entsprechendes Projekt gibt.

Ein möglicher Ansatz: Der Bund schreibt die Erstellung eines 5G-Netzes aus. Samt Benutzung desselben zu halbwegs nichtdiskriminierenden Konditionen für Dritte. Die Swisscom wird das Rennen machen. Aber kein Monopol besitzen.

### LINKS ZUM THEMA:

● [rebrand.ly/bundesratschlaeft](http://rebrand.ly/bundesratschlaeft) Nach 20 Jahren will der Bundesrat das Fimmeldegesetz leicht revidieren. Roaming-Gebühren werden nicht abgeschafft, die Netzneutralität nicht eingeführt. Gefleilt wird nur hinter dem Komma. Tenor: keine Regulierung auf Vorrat. Richtig wäre genau das Gegenteil. Der Bund müsste die Weichen für das 5G-Netz richtig stellen. Subito.

● [rebrand.ly/deutschland](http://rebrand.ly/deutschland) Alexander Dobrindt von der CSU ist Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur und die grösste Pfeife im deutschen Kabinett. Er kann nachweislich nicht einmal Autoabgase richtig messen lassen. Seine 5G-Strategie will das neue 5G-Netz bis 2025 in die Fläche bringen. Das heisst: Funklöcher sind programmiert. Wird es seine Nachfolgerin oder sein Nachfolger besser machen? Natürlich, weil die deutsche Autoindustrie auch im Bayrischen Wald auf dieses Netz angewiesen ist.

● [rebrand.ly/berggebiete](http://rebrand.ly/berggebiete) Thomas Egger ist Direktor der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für das Berggebiet. Neu sitzt der Christlichsoziale im Nationalrat. Bisher waren die Stellungnahmen der SAB zur flächendeckenden Grundversorgung nicht eben das Gelbe vom Ei. Egger hat viel Luft nach oben.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

INSERAT

# ALLES IST BESSER GESCHÜTZT

## ALS MENSCHEN AUF DER FLUCHT

Werde aktiv auf [amnesty.ch](http://amnesty.ch)

**AMNESTY  
INTERNATIONAL**

Véronique Zakro (23),  
junge Mutter ohne Ausbildung

## «Dank der Unterstützung kommen wir gerade so über die Runden.»

**Ihre Spende hilft Menschen  
aus Not und Armut**

**Das Richtige tun**

Jetzt per SMS helfen und 10 Franken spenden: «Caritas 10» an 227

**CARITAS** Schweiz  
Suisse  
Svizzera  
Svizra



Zürich während der Jugendunruhen 1981.

Jugendbewegung im Landesmuseum angekommen

# Züri brännt! Kamera läuft

FOTO: SZENENBILD AUS 'ZÜRI BRÄNNT'

**In den 80er Jahren revoltierte die Schweizer Jugend gegen den Mief des Bürgertums. Mit viel Wut und viel Witz. Eine Videoausstellung im Landesmuseum erinnert an die bewegte Zeit.**

PATRICIA D'INCAU

Zürich, 1984: Die Stadt wird von schrägen Vögeln heimgesucht. Sie sitzen im Tram, am Telefon und an der Schreibmaschine. Stecken ihre langen weissen Schnäbel in Bücher und aus Fenstern. Sie begaffen die Gaffer, die mit schockierten Mienen unten auf dem Trottoir an der Badenerstrasse 2 stehen. Das Gebäude am Stauffacher, im Herzen der Stadt, ist 1984 ein besetztes Haus. Hinter den Vogelmasken stecken Frauen und Männer der damalige Zürcher Jugendbewegung, der «Bewegig».

Die Vögel und ihre «Bsetzig» sind längst verschwunden. Doch die Aufnahmen von damals flimmern diesen Herbst wieder über die Mattscheibe. Im traditionellen Sinn des Wortes, nämlich über alte Röhrenfernseher im Landesmuseum Zürich. Dort läuft aktuell die Ausstellung «Rebel Video». Eine Sammlung von Videos erweckt die «heissen 80er» wieder zum Leben.

**MIT DER KAMERA AN DER FRONT**

Jene Zeit, in der die Jungen mit ihrer Forderung nach Freiraum beinahe über Nacht zum Bürger-, Politiker- und Polizistenschreck wurden. Sie demonstrierten – meist angezogen,

aber auch mal nackt –, veranstalteten Happenings und Strassentänze, verkleideten sich und besetzten Häuser. Ihre Botschaft: Wenn wir keinen Platz bekommen, nehmen wir ihn uns selbst.

Mit Kameras wurden die Ereignisse dokumentiert. Nicht vom Fernsehen, sondern – zum ersten Mal – von Studenten und den Bewegten selbst. Der technologische Wandel in den 70er Jahren machte es möglich. Dank den neuen Kameras – tragbar und kabellos – mussten die Jungen ihre Geschichte nun nicht mehr den bürgerlichen Medien überlassen.

**Tränengas spritzt, Baulatten fliegen, Polizisten knüppeln.**

Erstmals wurde so eine Gegenöffentlichkeit geschaffen, mit «Medien von unten». Sehr zum Verdruss von Politik und Polizei, deren brutales Vorgehen gegen Proteste nun dokumentiert wurde. Etwa im Video «Gwalt» von 1981. Eines der Bänder, das zurzeit in der Ausstellung im Landesmuseum gezeigt wird.

Der Kopf hinter der rebellischen Videoausstellung ist Heinz Nigg. Der Ethnologe und Videomacher stand Anfang der 1980er Jahre selbst mit der Kamera an der Front. Als Lehrbeauftragter an der ETH hatte er es sich und seinen Ethnologiestudierenden zur Aufgabe gemacht, die Zürcher Jugendkultur zu erforschen.

Eine Kultur, die in der reichen Limmatstadt damals keinen Platz fand. Die Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum (AJZ) hatte die Politik jahrelang ignoriert. Und auch, dass die Zürcher Stimmbewölkerung 1973 entschieden hatte, in der leer stehenden Roten Fabrik einen Kulturbetrieb aufleben zu lassen, schienen die Politiker vergessen zu haben. Stattdessen wurde die Rote Fabrik 1980 als Abstellraum für das Opernhaus genutzt. Jenes Opernhaus, das nach Willen des Stadtrats nun auch noch für 60 Millionen Franken renoviert werden sollte, während die Jungen weiterhin leer ausgingen.

**VIDEOBOOM AB 1980**

Deshalb zogen am 30. Mai 1980 rund 200 Jugendliche – die «Kulturleichen der Stadt», wie sie sich selber nannten – aus Protest vor das Opernhaus. Als die Polizei die Demonstration sprengt, kommt es zu Zusammenstössen. Tränengas spritzt, Baulatten fliegen, Polizisten knüppeln. Heinz Nigg und seine Kollegen filmen die Szenen. Aus den Aufnahmen schneiden sie ein neunminütiges Video zusammen. Das Band wird an der ersten Vollversammlung der Jugendbewegung im Volkshaus gezeigt.

Das Video löst eine ungeahnte Dynamik aus. In der ganzen Schweiz gründen sich Videogruppen. Sie filmen Proteste und Polizeigewalt, geben Einblick in Jugendzentren und Hausbesetzungen, dokumentieren Punkkonzerte und den Kampf der

Frauen für ihre Rechte. Ernst im Inhalt, aber oft spielerisch in der Form.

**«REVOLTE IM SCHOKOLADEPARADIES»**

Das neue Medium Video brachte die lokalen Jugendbewegungen in der ganzen Schweiz zusammen. Man war verbunden, von Zürich über Basel, Bern bis Lausanne. Auch im Ausland kamen die Bilder der Jugendunruhen an. Erstaunt blickte man von dort in die doch so behagliche und saubere Schweiz, die urplötzlich von der Jugend erschüttert wurde. Von Hamburg über Moskau bis Los Angeles berichteten die Medien über die «Revolte im Schokoladeparadies». Und auch der dokumentarische Kunstfilm «Züri brännt», der 1981 erstmals in einem Zürcher Pornokino gezeigt wurde, erregte Aufsehen. Das 100minütige Video wurde schliesslich ins Französische, Italienische und Englische übersetzt.

Die Botschaft der «Bewegig» verbreitete sich 1980 über die Grenzen hinweg. Doch als die Proteste im Laufe der Jahre abflauten, verloren auch die Videos langsam an Bedeutung. Geblieben sind bewegte Bilder einer bewegten Zeit. Dennoch sind Filmaufnahmen bis heute fester Bestandteil von Protesten. Auch wenn die Kameras mittlerweile durch Smartphones ersetzt wurden. Heinz Nigg schreibt im Ausstellungsbuch: «Das, was damals geschaffen wurde, bleibt aktuell.»

Alle Videos unter: <https://rebelvideo.ch/>

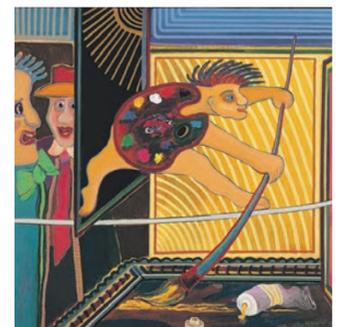
## Augenzeugenbericht Massengrab Mittelmeer

Als Kind hat die Journalistin Noemi Landolt Nintendo gespielt. Dabei musste sie vom Himmel kommende Fallschirmspringer auffangen. Bis es nicht mehr ging. Daran erinnert sich Landolt, als sie das Rettungsschiff «Sea Watch» einer humanitären Initiative auf dem Mittelmeer begleitet. Das Schiff fängt Flüchtlinge in Seenot vor der libyschen Küste auf. Aberhundert, Lebende und Tote. Bis es nicht mehr geht. Landolts Logbuch rückt den Überlebenskampf afrikanischer Menschen auf der Suche nach einem besseren Leben ins Zentrum. Packender, aufklärerischer Journalismus über eines der grossen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Noemi Landolt: **Mission Mittelmeer.** Preis selber festsetzbar (CHF 10.– Druckkosten, Mehrbetrag geht in Spenden). Zu bestellen bei: [www.woz.ch/missionmittelmeer](http://www.woz.ch/missionmittelmeer) oder Tel. 044 448 14 14, [woz@woz.ch](mailto:woz@woz.ch)

## Outsider-Kunst Tarot und Krautrock

Der Basler Walter Wegmüller (80) war von Geburt an ein Outsider. Er kam in einer fahrenden Familie zur Welt und wuchs als Heim- und Verdingkind auf. Als Stukkateur



«DER SEILTÄNZER UND MALER» (1994)

fand er autodidaktisch zur Kunstmalerei. In den 1960er Jahren spielte er in psychedelischen Krautrockbands. Schlagartig bekannt wurde er 1974 mit der Kartenserie «Zigeuner-Tarot». Seither wurde Wegmüller mit vielen Preisen und Aufträgen bedacht. Dennoch hielt er sich von den Trends im Kunstmarkt fern und blieb sich selber treu. Wegmüllers Outsider-Kunst ist jetzt im St. Galler Museum im Lagerhaus zu sehen.

**Kunst, Krautrock und Tarot – Walter Wegmüller.** Museum im Lagerhaus St. Gallen. Bis 12. November. Infos: [www.museumimlagerhaus.ch](http://www.museumimlagerhaus.ch)

## Arbeit im Detailhandel Nix Traumjob

Etwas mit Kindern wäre ihr Traumjob gewesen, aber sie fand keine Lehrstelle. Da nahm sie einen Job in einem Kleiderladen an – und bereut es bis heute. Jetzt arbeitet sie schon acht Jahre im Verkauf. Ohne Ausbildung. Wie viele andere ist sie in der Branche hängengeblieben. Zum ersten Mal in der Schweiz hat das Zentrum für Geschlechterforschung der Uni Bern die Arbeit im Detailhandel wissenschaftlich untersucht. Das Team hat 15 Angestellte ausführlich befragt. Zu den Arbeitszeiten, zu Diskriminierung und Belästigung. Und zum Zwang, immer lächeln zu müssen. Eine lesenwerte Studie.

Tina Büchler u. a.: **Der Strukturwandel im Detailhandel** und seine Auswirkungen auf die Arbeitsplätze in der Branche. Download unter [www.izfg.unibe.ch](http://www.izfg.unibe.ch)

## work 1 x 1 der wirtschaft

Hans Baumann



## FÜR DIE FRAUEN IST DIE AHV ENTSCHEIDEND

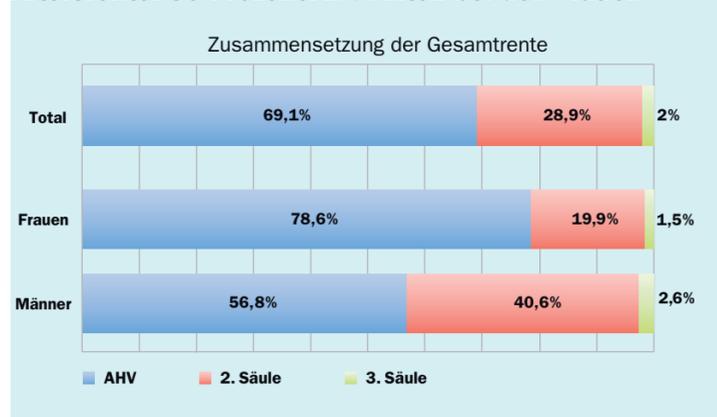
Endlich, nach jahrzehntelangen Versuchen, die Altersvorsorge zu erneuern, legen Bundesrat und Parlament der Stimmbewölkerung ein Projekt vor, das grosse Chancen hat, angenommen zu werden und die Altersvorsorge für die nächsten Jahrzehnte zu sichern.

**BEDEUTUNG DER AHV.** Ein umstrittener Punkt bei der Finanzierung ist die Erhöhung des Pensionsalters der Frauen von 64 auf 65 Jahre. Dies wird von vielen zu Recht kritisiert, weil die Frauen beim Lohn und bei den Renten benachteiligt sind. Und jetzt sollen die Frauen mit der Erhöhung ihres Rentenalters auch noch diese Reform finanzieren? Hier gibt es wichtige Gegenargumente, da auch die Frauen durch die Altersreform wesentliche Gegenleistungen erhalten: Heute macht der Anteil der AHV bei den Rentnerinnen fast 80 Prozent aus. Nur 20 Prozent werden durch die zweite Säule finanziert. Deshalb bekommen die Frauen im Durchschnitt

wesentlich weniger Rente. Bei den Männern beträgt der Anteil der AHV 57 Prozent, derjenige der zweiten Säule über 40 Prozent. Das unterstreicht zum einen die allgemeine Bedeutung der AHV für die Altersvorsorge, die insgesamt einen Anteil von 70 Prozent an den Gesamtrenten hat. Es wird aber auch deutlich, dass für die Frauen die vorgesehene Erhöhung der AHV um 70 Franken pro Monat noch wichtiger ist als für die Männer.

**FRAUEN PROFITIEREN.** Zudem gibt es für die Frauen auch in der zweiten Säule eine wesentliche Verbesserung. Bisher mussten Teilzeitbeschäftigte mit weniger als 21 000 Franken Einkommen gar nicht durch die zweite Säule versichert werden, und der hohe Koordinationsabzug verhinderte bei Tieflöhnen eine ordentliche Absicherung. Ein Viertel oder rund 500 000 aller weiblichen Erwerbstätigen sind nur AHV-versichert und haben gar keine zweite Säule, also

**Altersrente: 80 Prozent AHV-Anteil bei den Frauen**



QUELLE: ROBERT FLUDER U. A., GENDER PENSION GAP IN DER SCHWEIZ, FORSCHUNGSBERICHT BSV, 2016

keine Pensionskasse. Durch die Reform werden Teilzeitbeschäftigte und solche mit tiefen Löhnen besser versichert und kommen in den Genuss höherer Renten aus der zweiten Säule. Davon profitieren viele Frauen.

Es gibt also auch für die Stimmbürgerinnen genügend Gründe, der Reform zuzustimmen. Trotz der bitteren Pille mit dem Rentenalter.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.



**Myriam Muff**  
von der Unia-Rechtsabteilung  
beantwortet Fragen  
aus der Arbeitswelt.

## Mutterschaftsurlaub: Bekomme ich bei einem Unfall zusätzliches Geld?

Ich habe noch drei Wochen Mutterschaftsurlaub. Wegen eines Verkehrsunfalls vor drei Tagen hat mich mein Arzt voraussichtlich für 4 Wochen arbeitsunfähig geschrieben. Bekomme ich ab sofort auch noch Taggelder aus der Unfallversicherung (ich bin über mein Arbeitsverhältnis auch für Nichtberufsunfall versichert)?

**MYRIAM MUFF:** Nein. Laut Erwerbsersatzgesetz (Artikel 16 g lit. c) schliesst die Mutterschaftsentschädigung den Bezug von Taggeldern der Unfallversicherung aus. Ein Unfall während



**OHNE DOPPELTES NETZ.** Verunfallt eine Frau während ihres Mutterschaftsurlaubs, erhält sie von der Unfallversicherung keine zusätzlichen Taggelder. FOTO: FOTOLIA

der «Laufzeit» der Mutterschaftsentschädigung löst also keine Taggeldleistungen der Unfallversicherung aus. Die Mutterschaftsleistungen werden weiter ausgerichtet und laufen während der normalen Dauer von 14 Wochen. In Ihrem Fall heisst das konkret: Sie erhalten noch während dreier Wochen die Mutterschaftsentschädigung. Danach erhalten Sie während einer weiteren Woche Taggelder der Unfallversicherung (oder länger, sofern Sie ein weitergehendes Arztzeugnis vorweisen können). Falls bei Geburt eines Kindes bereits Taggelder aus der Unfallversicherung ausgerichtet werden, entspricht die Mutterschaftsentschädigung während der Unfalldauer mindestens dem bisher bezogenen Taggeld der Unfallversicherung.

## Nachtarbeit: Gibt es immer 25 Prozent Lohnzuschlag?

Seit längerer Zeit arbeite ich einmal pro Monat in der Nacht. Auf der Lohnabrechnung wurde mir für diese Arbeitsstunden bis jetzt immer ein Lohnzuschlag von 25 Prozent vergütet. Ein Kollege von mir arbeitet ausschliesslich in der Nacht. Er erhält keinen solchen Lohnzuschlag. Ist dies ein Versehen?

**MYRIAM MUFF:** Nein. Der Gesetzgeber unterscheidet zwischen vorübergehender Nachtarbeit und dauernder oder regelmässiger Nachtarbeit (Artikel 17 b des Arbeitsgesetzes). Vorübergehende Nachtarbeit leistet, wer pro Jahr höchstens während 24 Nächten arbeitet. Diesen Arbeitnehmenden muss die Arbeitgeberin oder der Arbeitgeber zwingend einen Lohnzuschlag von mindestens 25 Prozent bezahlen. Anders liegt der Fall bei Ihrem Kollegen, der pro Kalenderjahr in 25 und mehr Nächten zum Einsatz gelangt, also dauernd oder regelmässig Nachtarbeit leistet. Anstelle des 25prozentigen Lohnzuschlages hat er nur Anspruch auf einen Zuschlag von 10 Prozent. Genauer gesagt: Für jede Stunde Nachtarbeit, die Ihr Kollege leistet, erhält er eine Zeitgutschrift von 6 Minuten. Sie dient der Erholung und muss darum zwingend in Form von Freizeit bezogen werden. Eine Abgeltung durch Geld ist nicht zulässig.



FOTO: FOTOLIA

# Der Entschädigungsfonds für Asbestopfer nimmt Endlich fliesst Schmerz

**Neuerdings werden alle Opfer von Asbest-erkrankungen entschädigt. work sagt, wie die Abfindungen berechnet werden. Und wie Sie Ihre Ansprüche geltend machen können.**

SINA BÜHLER

Asbest, die früher «Wunderfaser» genannte Substanz, ist seit 1989 verboten. Denn Asbest ist hochgefährlich und tödlich. Bereits bei einem einzigen Kontakt können sich winzige Asbestfasern in den Atemwegen verhaften. Dort lösen sie Lungen- oder Rippenfellkrebs aus. Dieser kann sehr plötzlich auftreten, manchmal bis zu 40 Jahre nach dem Kontakt mit Asbest. Heute noch erkranken jedes Jahr bis zu 120 Personen an Krankheiten, die auf Asbest zurückzuführen sind. Und dies alleine in der Schweiz.

### TÖDLICHE «WUNDERFASER»

Fast ein Viertel der Betroffenen sind nicht an ihrem Arbeitsplatz mit Asbest in Kontakt gekommen. Sie erkrankten wegen verstaubter Arbeitskleider eines Familienmit-

glieds, des Aufenthalts in asbestverseuchten Gebäuden, des Spiels auf Baustellen oder der Nachbarschaft einer Asbestfabrik. So gefährlich ist die vermeintliche Wunderfaser. Es kann sogar sein, dass die Betroffenen nicht gemerkt haben, wo und wann sie Asbestfasern eingeatmet haben. Wenn jedoch jemand an einem Mesotheliom leidet – ein Krebs, der das Bauch- oder Brustfell befallt –, ist die Sache klar: Mesotheliome gehen fast immer auf einen Kontakt mit Asbest zurück.

### VERJÄHRUNG DROHT

Das Problem: Nur wenn die Kranken einen Asbestkontakt in ihrem Arbeitsleben nachweisen können, zahlt die berufliche Unfallversicherung Suva. Die übrigen Opfer haben nur Anspruch auf Gelder der Krankenkasse, die viel tiefer sind. Eine nicht akzeptierbare Ungleichbehandlung von Asbestopfern.

Dazu kommt die Verjährung: Zehn Jahre nach der Ansteckung mit Asbest ist eine Klage gegen den Verursacher der Krankheit nicht mehr möglich. Seit Juli 2017 gibt es endlich eine klare Verbesserung: Der Ansteckungsgrund ist nicht mehr relevant für die Höhe der Entschädigung. Der «Runde Tisch Asbest», ein Zusammenschluss von Opfervereinen, Ge-

werkschaften, Wirtschaftsvertretern und Behörden, hat eine Stiftung und einen Entschädigungsfonds für Asbestopfer (EFA) gegründet. ([www.stiftung-efa.ch](http://www.stiftung-efa.ch))

### «Dank dem neuen Fonds erfolgt die Entschädigung rasch.»

UNIA-FRAU CHRISTINE MICHEL

Ihr Hauptmerkmal ist eine unbürokratische und schnelle Hilfe. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil die Lebenserwartung nach dem Ausbruch der Krankheit nur ein paar Jahre beträgt. Die Bedingungen:

- Personen, die an einem Mesotheliom erkrankt sind.
- Die Krankheit ist nach 2006 ausgebrochen.
- Der Kontakt mit Asbest hat in der Schweiz stattgefunden.

### 30 ANTRÄGE LIEGEN VOR

Die Erkrankten müssen jedoch darauf verzichten, zusätzlich eine Haftungsklage vor Gericht einzureichen. Gemäss Christine Michel, Fachsekretärin für Gesundheitschutz bei der Unia, besteht bei einer Klage immer die Gefahr, dass sich das Verfahren sehr lang hinzieht. Diese Zeit haben Asbestkranke jedoch in vielen Fällen nicht. Ist die Krankheit ausgebro-

chen, beträgt die Lebenserwartung oftmals nur noch wenige Jahre: «Bei der Entschädigung aus dem Fonds für Asbestopfer können Sie hingegen sicher sein, dass Sie rasch entschädigt werden.»

Ab Juli dieses Jahres werden nun die ersten Anfragen durch den Fonds bearbeitet. Bereits über 30 Anträge sind eingegangen. Der Fonds zahlt für Asbestopfer, deren Mesotheliom nicht als Berufskrankheit anerkannt ist, folgende Entschädigungen:

- Ist die Krankheit zwischen 2006 und 2010 ausgebrochen, erhalten die Betroffenen, die an einem Mesotheliom erkrankt sind, eine pauschale Abfindung (Schmerzensgeld) in Höhe von 20 000 Franken.
- Ist die Krankheit zwischen 2011 und 2015 ausgebrochen, erhalten die Opfer eine Abfindung in Höhe von 100 800 Franken.
- Ist die Krankheit 2016 oder 2017 ausgebrochen, erhalten sie 118 560 Franken.
- Zudem erhalten die Personen, deren Erkrankung nach dem 1. Januar 2012 ausgebrochen ist, bis zur Erreichung des ordentlichen Pensionierungsalters einen Erwerbsausfallsersatz. Dieser beträgt 80 Prozent des letzten erhaltenen Jahreslohnes und maximal 118 560 Franken. Für bereits pensionierte beträgt er 24 000 Franken jährlich.

## Abfindung (Schmerzensgeld)

Asbestopfer, deren Erkrankung nicht als Berufskrankheit anerkannt ist



| Ausbruch Krankheit | Entschädigung aus dem Fonds |
|--------------------|-----------------------------|
| 2006–2010          | 20 000.–                    |
| 2011–2015          | 100 800.–                   |
| Nach 2015          | 118 560.–                   |

## Erwerbsausfallsentschädigung

| Ausbruch Krankheit                           | Entschädigung aus dem Fonds  |
|--|--|
| Nach dem 1.1.2012 und vor dem Pensionalter   | Wenn die Person vor Ausbruch der Krankheit erwerbstätig war<br><b>80 Prozent des letzten Lohnes (max. 118 560.–*)</b><br>Wenn die Person vor Ausbruch der Krankheit nicht erwerbstätig war<br><b>24 000.–/Jahr</b> |
| Vor dem 1.1.2012 oder nach der Pensionierung | <b>0.–</b>   |

\*Der Betrag entspricht 80 Prozent des maximal versicherten Lohnes (148 200.–) nach dem Unfallversicherungsgesetz



# jetzt Gesuche an: zensgeld!

## WORKTIPP

### CARE-SERVICE

Zusätzlich zur finanziellen Entschädigung hat die Stiftung EFA auch eine psychologische Beratungsstelle gegründet. Dieser Care-Service steht allen unabhängig von der Art der Asbestkrankheit offen, ob Erkrankten, Angehörigen oder auch nur Personen, die befürchten, dass sie mit Asbest in Kontakt gekommen sein könnten. Sie wird in Zusammenarbeit mit den regionalen Lungenligen angeboten. [rebrand.ly/careservice](http://rebrand.ly/careservice)

Wenn das Mesotheliom hingegen als Berufskrankheit anerkannt ist, kommt die Erwerbsausfallsentschädigung von der Suva. Ist die Erkrankung als Berufskrankheit anerkannt und hat die geschädigte Person bisher nur eine Teilabfindung erhalten, wird die Differenz vom Fonds ausgeglichen.

### 20 000 FRANKEN PRO KIND

Auch die Angehörigen von verstorbenen Asbestkranken können Entschädigungen beantragen. Die Höhe hängt von ihrem Alter ab. Sind sie 40-jährig, so beträgt die Entschädi-

gung 200 000 Franken, mit 65 sind es 75 000 Franken und mit 70 Jahren 50 000 Franken. Zusätzlich erhält jedes Kind, das beim Ausbruch der Krankheit

### «Mesotheliom-Opfer sollten auf jeden Fall einen Antrag stellen.»

UNIA-FRAU CHRISTINE MICHEL

seines Elternteils jünger als 25 Jahre alt war, 20 000 Franken.

Wie Christine Michel sagt, werden die Gesuche individuell abgeklärt: «Wer an einem Mesotheliom erkrankt ist, sollte auf jeden Fall einen Antrag stellen.»

Auch andere asbestbedingte Krankheiten können im Härtefall zu einer Entschädigung führen. Bei der Stiftung EFA, in der die Gewerkschaften vertreten sind, finden die Betroffenen Rat, Hilfe und auch psychologische Unterstützung (siehe Care-Service).

Ein Informationsflyer in den Sprachen Deutsch, Französisch, Italienisch, Albanisch und Portugiesisch liegt in den Unia-Sekretariaten auf. Wenn Sie Informationen zum Fonds oder Unterstützung beim Ausfüllen des Gesuchsformulars (siehe Spalte rechts) benötigen, können Sie sich an das zuständige Unia-Sekretariat in Ihrer Region wenden.

## ENTSCHÄDIGUNGSFONDS

### SO STELLEN SIE DAS GESUCH

Die Stiftung EFA (Entschädigungsfonds für Asbestopfer) ist Ihre Ansprechpartnerin, falls Sie oder Ihre Angehörigen an einem Mesotheliom erkrankt sind.

Ein Gesuch für finanzielle Unterstützung können folgende Personen stellen:

- **Mesotheliom-Kranke**, die sich in der Schweiz über Asbest angesteckt haben.
- Ihre **Ehepartner** oder eingetragene Lebenspartner.
- **Konkubinatspartner**, mit denen die Erkrankten mindestens die letzten fünf Jahre vor ihrem Tod eine Lebensgemeinschaft führten.
- Die **Kinder** von Mesotheliom-Opfern.
- Eine Person oder eine Institution, die von den Erkrankten eine **Vollmacht** erhalten hat.

Welche Unterlagen brauchen Sie?

- Das **Gesuchsformular**, vollständig ausgefüllt und unterschrieben.
- Das **Familienbuchein**.
- Die Akten der obligatorischen **Unfallversicherung**.
- Falls die Person verstorben ist: ein amtliches **Erbenverzeichnis**.

Bei der Stiftung EFA können Sie zwei verschiedene Checklisten herunterladen, um sicherzugehen, dass Sie alle Unterlagen zusammenhaben. Eine, wenn Sie beruflich an einem Mesotheliom erkrankt sind, und eine, wenn Sie in einem anderen Zusammenhang erkrankt sind.

Checklisten und Gesuchsformular finden Sie unter [www.stiftung-efa.ch](http://www.stiftung-efa.ch). Für alle Fragen bezüglich Entschädigungen und Care-Service können Sie sich an folgende Nummer wenden: +41 41 418 89 79.

## Abfindung im Todesfall

Für Ehe- und Lebenspartnerinnen und -partner

| Alter * | Abfindung (pauschal) |
|---------|----------------------|
| + 70    | 50 000.-             |
| 69      | 55 000.-             |
| 68      | 60 000.-             |
| 65      | 75 000.-             |
| 60      | 100 000.-            |
| 50      | 150 000.-            |
| - 40    | 200 000.-            |

Für jedes Kind unter 25 Jahren **20 000.-**

\*Alter des überlebenden Partners bei Ausbruch der Krankheit. Bei mehr als 70 und weniger als 40 Jahren gelten das Minimum beziehungsweise das Maximum.

QUELLE: STIFTUNG EFA

## saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

# Android-Handys: Dateien verschwinden spurlos

Aufgepasst beim Anschliessen eines Android-Handys an einen PC mit Windows 10: Dabei können gespeicherte Daten verloren gehen.

Nach dem Anschliessen erscheint auf dem PC ein Fenster, das den Inhalt des Telefons zeigt. Verschiebt oder kopiert man nun in diesem Fenster Dateien von einem Handy-Ordner in einen anderen, verschwinden sie. Auch mit einer Rettungssoftware lassen sie sich nicht mehr wiederherstellen.

**Auch eine Rettungssoftware hilft nicht mehr.**

Der Datenverlust passiert nur, wenn man die Dateien innerhalb des Handyfensters am PC verschiebt.

Keine Probleme gibt es, wenn man Dateien vom Handy auf den PC oder umgekehrt bewegt. Ebenfalls passiert nichts, wenn man die Dateien direkt auf dem Handy verschiebt, ohne den PC zu verwenden.

**VIA PC KOPIEREN.** Betroffen sind laut dem IT-Webportal heise.de ein Grossteil aller Android-Handys. Eine Lösung gibt es zurzeit nicht. Tipp: Kopieren Sie Dateien auf den PC und von dort zurück in den gewünschten Handy-

ordner. Oder verwenden Sie einen Computer, der nicht mit Windows 10 läuft.

Ganz ohne PC kann man Dateien auf dem

Handy mit einer Dateimanager-App verschieben. Zum Beispiel mit dem «File Explorer». Er kostet 2 Franken.

MARC MAIR-NOACK



**DATENFRESSERCHEN.** Wer ein Android-Handy mit dem Betriebssystem Windows 10 koppelt, muss mit dem Verschwinden seiner Daten rechnen.

FOTO: PNGMART

## MOVENDO Medienkompetenz

# Gut schreiben, gut reden und gehört werden

Zwei Movendo-Kurse für einen sicheren Umgang mit Sprache.

Die Medien – mit Ausnahme von work selbstverständlich – sprechen selten von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Und noch seltener lassen sie diese zu Wort kommen. Vielleicht auch deswegen, weil viele Arbeitnehmende sich nicht trauen, öffentlich zu sprechen oder ihre Meinung in einem Leserbrief darzulegen. Beim Bildungsinstitut der Gewerkschaften gibt es diesen Herbst zwei Kurse zum Thema: Im Kurs «Medienarbeit: professionell und praxisnah» mit der Kommunikationsfachfrau



**KLARTEXT.** Verständliches Schreiben, ohne Klischees und Floskeln, lernt man in der «Schreibwerkstatt».

FOTO: UNSPLASH

Bruna Fossati werden Sie im Umgang mit Journalistinnen und Journalisten geschult. Sie lernen, wie Sie Ihre Botschaft richtig vermitteln, wie Sie richtig kommunizieren und wie Sie Lampenfieber überwinden. In der «Schreibwerkstatt» mit dem Journalisten und Schriftsteller Stefan Keller lernen Sie den Umgang mit Texten: wie Sie

klar, verständlich und ohne Klischees oder Floskeln schreiben können. Und wie ein Leserbrief oder ein Artikel aufgebaut ist. Mindestens ein Movendo-Kurs im Jahr ist für Gewerkschaftsmitglieder kostenlos. (sib)

**Medienarbeit**, 21.–22. September in Oberdorf SO; **Schreibwerkstatt**, 26. September in Bern. Anmeldungen über [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch).

workrätsel

Gewinnen Sie eine Auszeit für 2 Personen!



Eine traumhafte Aussicht auf den Eiger, genussreiches Essen und der Sole-Whirlpool im Garten: nur einige der Highlights im Hotel Belvedere für unvergessliche Ferien in Grindelwald.

www.belvedere-grindelwald.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 14  
Das Lösungswort lautet: **RENTENREFORM**



|  |   |                                   |   |                                    |                        |                                 |                                      |                                       |                                     |                                   |                       |                                  |
|--|---|-----------------------------------|---|------------------------------------|------------------------|---------------------------------|--------------------------------------|---------------------------------------|-------------------------------------|-----------------------------------|-----------------------|----------------------------------|
| Kontinent, in dem Kongo liegt            | zwanzig ... sind in Kt. NE gesetzl. Mind.lohn | wo Teheran Hauptstadt ist         | Juristen wälzen sie                       | solches Spiel mit Praktika in work | die Dreifuss war SP-BR | er ist stachelig                | ein, wie Briten sagen                | Stierkämpfer                          | er erforscht Natur und Umwelt       | 7                                 | CH-Auto-kenn-zeichen  | ge-schmolzen ist es Wasser       |
| 13                                       |   |                                   | mediter-ranes Gewürz                      |                                    |                        |                                 |                                      | grosse Or-ganisation zur Si-cherheit  |                                     |                                   |                       |                                  |
| chem. Zeichen f. Radium                  |   | die zwei Praktikant-innen in work | unge-brauht                               |                                    |                        | er ent-wirft und plant Bauwerke | steht alter-nativ für Gott           | von griech. Gast, Fremder             | der Igle-sias, span. Sänger, ohne J |                                   | Hirsch aus dem Norden |                                  |
| 10                                       |   |                                   | wo Kühe im Winter über-nachten            |                                    |                        |                                 |                                      | spachl. Ab-schweifung                 |                                     |                                   |                       |                                  |
| sie horten weiterhin viel Geld           | Internet-Adresse von Indien                   |                                   | oben an-geführt, aber nur kurz            | geizig wird damit strebsam         |                        |                                 | griech. Anis-spirituose              | Nachkom-me weiss roman. Ein-wanderer  |                                     |                                   |                       | gerade vorhin                    |
| Ekrement                                 | 8   | Nach-speise                       | Hafen-damm                                |                                    | span.:Kohl             |                                 |                                      | der Handel wächst auch bei uns (work) |                                     |                                   |                       |                                  |
| Nach-nahme, Abk.                         | laut Bibel der erste Mann                     |                                   |   | Vogel, wird nachts aktiv           |                        |                                 | darauf steht viel, so Berset in work | Dreifach-vokal                        | 11                                  |                                   | bequemes Möbel        |                                  |
|  | wir essen es fast täglich                     | Umlaut                            | chem. Zeichen f. Arsen                    | Muskel b. Oberarm                  |                        |                                 |                                      | er ist vom Staat angestellt           |                                     | sehr be-kannte Sommer-blume       | 6                     |                                  |
| sie gibt an, wo man wohnt                | dunkles Erguss-gestein                        |                                   |   |                                    | 3                      | engl.: auf, nach, zu            | Inselkette im Pazifi-schen Ozean     | wichtiger Baustoff                    |                                     |                                   |                       |                                  |
|  |   |                                   |   | Religöses betreffend               | Are für Deutsche       |                                 | Endos SMS an ihn                     |                                       |                                     | Top-Level-Domain von Afghan-istan |                       | sie gibt uns Licht               |
| sie schreibt Bücher                      | Staat in Südame-rika, um-gekehrt              | wagen, wie Franzosen es sagen     | 4   | weibl. Vorname                     | Standard               |                                 |                                      | Rosa Zu-kunft über diesen Bschiss     |                                     |                                   |                       |                                  |
|  |   |                                   |   |                                    |                        | Mutter, für Bra-silianer        | gekürzter Arbeitstag                 | Abk. für Terameter                    |                                     | weibl. wie männl. Vorname         | 14                    | Musik: um halben Ton er-höhtes A |
| Treib-mittel f. Back-waren               | 9   | breiter, grosser Fluss            |   |                                    |                        | Dynamit Nobel, kurz             | schlangen-ähnlicher Fisch            | teures Metall                         |                                     |                                   |                       |                                  |
|  |   |                                   | Teil d. Ver-dauungs-apparates, von hinten |                                    |                        |                                 | Autokenn-zeichen v. Giubiasco        | Verbin-dung von Menschen              |                                     |                                   |                       |                                  |
| dort wollte d. Rechte höheres Rent.alter | 1   |                                   |   |                                    |                        |                                 | verrückt                             |                                       | 5                                   | hohe Jass-karten                  |                       |                                  |

DEN PREIS, ein K-Tipp-Abo, hat gewonnen: Irene Roost, Neuhausen SH. Herzlichen Glückwunsch!

|   |   |   |   |   |   |   |   |   |    |    |    |    |    |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|----|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 | 13 | 14 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|----|----|----|----|----|

Lösungswort einsenden an: work, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch  
Einsendeschluss 22. September 2017

INSERAT



Wir bringen Politiker ins Schwitzen.

work sagt, was ist. Am Puls der Zeit.

work – die Zeitung zur Arbeit für die Arbeitenden.

+++ 1 Jahr work für 36 Franken +++ www.workzeitung.ch +++

**WORKLESERFOTO**



**Stilleben auf der Alp**

**WANN** Dezember 2016  
**WO** Im Toggenburg (bei Wildhaus)  
**WAS** Melkutensilien  
**Eingesandt von** Silvia Gysi-Winiger, Märstetten TG

**Gewinnen Sie 100 Franken!**

**Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto:** Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.  
**Senden an** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), **Betreff** «Leserfoto»

**WORKFRAGE VOM 1. 9. 2017**

**Praktikum als Berufseinstieg: Chance oder nur Ausnützeri?**

**NICHTS FÜR MEINE TOCHTER**

Das Thema ist brandaktuell. Ich habe Folgendes erlebt: Mit 52 Jahren hatte ich nach vielen Kurzzeiteinsätzen und Kündigungen endlich eine Teilzeitstelle in einer Bäckerei gefunden – für 20 Franken Stundenlohn. Die Arbeit war sehr streng, ohne Pausen. Und die Einsatzpläne wurden immer wieder geändert. Fast alle Mitarbeiterinnen arbeiteten im gleichen Anstellungsverhältnis. Im Sommer dann die Überraschung: Viele Maturaabgängerinnen wollten einen Job oder ein Praktikum, ein bisschen schnuppern, Arbeitserfahrung sammeln. Alles gut, dachten wir, endlich kommt in den Sommermonaten Hilfe. Aber die Hilfe wurde uns zum Schaden. Mit 16 Franken Stundenlohn arbeiteten die jungen Frauen unter unserem Stundenansatz. Und wir durften zu Hause bleiben. Das Monatseinkommen war nicht mehr garantiert – für einige von uns ein grosses Problem. Die jungen Frauen konnten von diesem Lohn auch nicht leben. Ihre Eltern mussten für sie weiterhin die Krankenkasse usw. bezahlen. Dafür leisteten sich einige ein «Reisli» auf ferne Kontinente und Sprachaufenthalte. Ich habe nichts dagegen, wenn Junge arbeiten. Hingegen habe ich meiner Tochter, die gerade die Matura gemacht hat, glattweg verboten, ein Praktikum anzunehmen. Wer bezüglich der Studienrichtung noch unsicher ist, soll in der Zwischenzeit eine Lehre machen. Es hat mehr als genügend Auswahl an Lehrstellen. Wir Eltern sollten bewusster die Zukunft unserer Jungen mitgestalten und ihnen vor Augen halten, welche schädlichen Nebenwirkungen gewisse Jobs und Praktika haben. Es geht auch darum, dass berufliche Entscheidungen bewusst gefällt werden und nicht immer alles beliebig ist. Unser duales Bildungssystem ist dafür bestens geeignet.

CORNELIA DÖRFLER, EVILARD/LEUBRINGEN BE

**WORKPOST**



an Debatten um 100 000er-, Millionen- und Milliardenbeträge, wird mit Zahlenspielen eingedeckt, die mit seinen eigenen Einkommensverhältnissen wohl in den wenigsten Fällen etwas zu tun haben. Wie mickrig, wie jämmerlich wirkt daneben das 70-Franken-Versprechen der Rentenreform-2020-Vorlage. Nur sollen damit ja gerade die Einbussen in der privatwirtschaftlich getragenen 2. und 3. Säule ausgeglichen werden. Während dort emsig an neuen Gewinnoptionen getüftelt wird, deren Risiken dereinst wohl wieder die Allgemeinheit zu tragen haben wird. Nein, Blut fließt in diesem Kampf gottlob keines mehr, und doch bleibt er lebenswichtig, für den Einzelnen wie für die Gemeinschaft. Entweder 2 x Ja zur Rentenreform 2020, oder demnächst haben wieder Kräfte die Oberhand, die sozialpolitisch 100 Jahre zurückwollen.

BENJAMIN KRADOLFER, BELLACH SO

**Vorstand sagt Nein**

In der work-Zeitung vom 1. September publiziert Christoph Lips einen Leserbrief und schreibt: «Jetzt hat sich auch eine klare Mehrheit der AVIVO Zürich für die Rentenreform ausgesprochen.» Das stimmt nicht. Gemäss Statuten ist der Vorstand der AVIVO Zürich für die Parolenfassung zuständig. Dieser hat sich gegen die Rentenreform ausgesprochen.

MARCO MEDICI, PRÄSIDENT DER AVIVO ZÜRICH

**Lieber diese Reform als keine**

Jetzt sehen auch zwei Professoren der Wirtschaftsuniversität St. Gallen, Walter Ackermann und Martin Eling, Experten für Versicherungswirtschaft, eindeutig schwarz bei einer Ablehnung der Rentenrevision. Selbst Pro-Senectute-Präsidentin und Alt-Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wendet sich mit klaren Worten gegen Rechtsbürgerliche, die mit ihrer Nein-Propaganda die Rentenreform an die Wand fahren würden. Einen Reformstillstand nach

20 Jahren Reformpause kann sich die Schweiz schlicht nicht leisten. Wir brauchen die Stabilisierung der Altersvorsorge heute und nicht erst nach einem Plan B oder C, der dann vielleicht irgendwann kommen würde. Handeln wir jetzt mit 2 x Ja.

MARTIN A. LIECHTI, MAUR ZH

**Angriff aufs Volksvermögen**

Die Vorhersage, wonach auch mit dem Plan B der FDP die AHV bis 2030 gesichert sei, ist Augenschmerzhaft. Mit der Altersvorsorge 2020 dagegen ist die AHV-Kasse 2030 noch fast zu 100 Prozent gefüllt. Dazu kommt, dass es keine Garantie gibt, dass das Volk den FDP-Plan gutheisst und er 2021 in Kraft gesetzt wird. Jedes weitere Jahr, das vergehen wird, reisst ein noch grösseres Loch in die AHV-Kasse. Das müsste wieder gestopft werden. Mit der Folge, dass die Mehrwertsteuer stärker angehoben werden müsste als mit der Altersvorsorge 2020. Dieses Spiel zu spielen wird nur der Versicherungsbranche mitsamt ihren politischen Zöglingen nützen, aber sicher nicht denjenigen mit tiefen Einkommen! Nach dem Rentenklau der Grossfinanz nun der nächste heimtückische Angriff auf Volksvermögen! Wer sichere AHV-Renten will sagt Ja zur Altersvorsorge 2020.

BEAT JURT, WORBLAUEN BE

**WORK ALLGEMEIN**

**work-Zeitung ist mein Blatt**

Ich lese work regelmässig. Die Zeitung ist gut. Die politische Ausrichtung perfekt. Ich lese da all das, was ich schon immer habe lesen wollen, ohne jeden sektiererischen Touch. Ich kenne das von keiner anderen Zeitung. Mein Blatt!

ALEX GFELLER (VIA FACEBOOK)

**WORK 14 / 1. 9. 2017: «ES STEHT VIEL AUF DEM SPIEL!»**

**100 Jahre Kampf und kein Ende**

Rund 100 Jahre alt ist der Kampf um staatliche Sozialwerke wie die AHV und ebenso der Widerstand dagegen. Gottlob gibt's heute solche Werke, gottlob fließt kein Blut mehr um sie, zumindest hierzulande, gekämpft wird nur noch mit politischen Mitteln und (häufig ungleich grossen) PR-Budgets. Punktgenau jetzt, wo der Stimmbürger über die Rentenreform 2020 entscheiden soll, kommen aus der Privatwirtschaft neue Pensionsmodelle für die 2. und 3. Säule aufs Tapet: «Rente auf Zeit», «variable Rente», «Rentiden-Rente» usw. Nun, im Lehrbuch der Bauernfängerei heisst das sicherste Erfolgsrezept: Verwirrung stiften! Der Stimmbürger, längst gewöhnt

**workwort**

**Laster**

Siehst du dort? Sie kommen! Eine ganze Reihe Laster zieht Richtung Sandbank in der Aare – es ist wieder so weit. Vierzigötter. Alljährlich muss der Kies entfernt werden. Schaufel & Bagger & tschüss! Sonst drehen die Fische durch. Sagen die einen – die anderen natürlich das Gegenteil. So oder so ist klar: Mit guten Lastern fährt man besser als mit schlechten. Mit solchen, die ihre Ökobotschaft gleich mittragen. Ökobus! Mit guten Lastern wie Cognac-Trinken zum Beispiel oder mit Schoggi-Essen. Besser als morden oder Opium rauchen. Wobei... Wobei: schlechte Gewohnheiten machen halt einfach Freude. Oder wie es einst der grosse Molière alias Jean-Baptiste Poquelin sagte: Ein angenehmes Laster ist einer langweiligen Tugend bei weitem vorzuziehen. Und ob! Denn: lieber viele Laster als gar kein Auto!

THOMAS ADANK

Ihre Vorschläge zum «workwort» sind gefragt. Herausforderungen an unseren Autor senden Sie bitte an [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch), Betreff «workwort».

**Patrick Angele (30) war Unia-Gewerkschafter. Jetzt ist er Tantra-Masseur.**

# «Ich will, dass es den Leuten gutgeht»

**So einen wie ihn gibt es in der Schweiz nur einmal: Patrick Angele vereint die Lust am Streik mit der Lust am Körper.**

NINA SEILER | FOTOS NICOLAS ZONVI

Der Raum mit den rohen Betonwänden wirkt intim, strahlt Ruhe und Wärme aus. Patrick Angele, Ex-Teamleiter Bau bei der Unia Zürich-Schaffhausen, hat seine Praxis in der Zürcher Agglomeration, zwischen Autobahnbrücken und Industriebauten, spürbar liebevoll gestaltet. Hier macht er Tantra-Massagen – Ganzkörpermassagen, die auch die intimen Körperstellen einbeziehen.

**SEXUALITÄT UND POLITIK.** Auf dem gelben Sofa schildert Angele bei einer Tasse Tee seinen Weg von der politischen Kampfbahn ins Reich der Sinne. Der 30jährige sagt: «Ich will, dass es den Leuten gutgeht, dass sie Lust und Freude haben am Leben. Es braucht einen guten Job, eine gute Bezahlung und eine anständige Rente, damit man lustvoll leben kann. Das war immer mein Ziel, darum habe ich in der Gewerkschaft gearbeitet.» Und: «Ich hatte immer Lust und Freude am Kampf, am Streit, am Streik. Auf dem Bau haben wir versucht, Solidarität und die Freude am Zusammensein zu verbinden: zusammen essen, zusammen trinken, zusammen lachen.»

Kann bewusste Sexualität dabei helfen, lebendiger und mit mehr Lust zu politisieren? Angele bejaht. Der Wechsel von Beton, Kränen und roten Jacken zu Kerzenlicht und Sinnlichkeit ist für ihn, der nach wie vor Unia- und SP-Mitglied ist, kein Bruch: «Es ist schon etwas ganz anderes, aber nicht so weit weg von dem, was ich früher gemacht habe. Ich schliesse auch nicht aus, dass ich irgendwann wieder auf einer Baustelle stehe.»

**MEHR MÄNNER ALS FRAUEN.** Seine Kundenschaft bucht fast nur Tantra-Massagen: «Klassische Masseur gibt es wie Sand am Meer», erklärt der frühere Bauleiter. «In der Schweiz bin ich aber der Einzige mit einem vergleichbaren Profil: ein Mann, der Männer und Frauen massiert, mit einem nüchternen und klaren Auftritt.» Zu Angele kommen einfache Leute, aber auch Studierende – von der 24jährigen Studentin, die ihre Sexualität entdeckt, bis zum 79jährigen, der sein Leben lang davon geträumt hat, dass ein Mann ihn berührt. Vom schwulen 35jährigen, der sich nach Langsamkeit statt schnellem Sex sehnt, bis zur 50jährigen Frau, die als Kind sexuellen Missbrauch erlebte. Viele bringen ein Thema mit: Männer, die zu früh kommen, oder Frauen, die nicht kommen können. Manche wollen aber auch einfach nur

geniessen. Es geht im Tantra nicht um sexuelle Befriedigung – obwohl es hier auch Raum für Erregung gibt –, sondern um die Wahrnehmung des ganzen Körpers.

Zurzeit hat der Tantra-Masseur deutlich mehr männliche Kunden. Er erzählt: «Männliche Sexualität scheint einfach: Der Penis richtet sich auf und der Mann kommt – wenn nicht, dann gibt es Viagra. Wenn der Mann keine Frau hat, geht er ins Bordell oder konsumiert Pornos. Dass es da noch viel mehr zu entdecken und zu leben gibt, dass auch Verletzlichkeit dazu gehört und das Eingeständnis, dass man als Mann vielleicht mal eine Erfahrung mit einem Mann haben möchte – das wird kaum diskutiert, darüber sprechen Männer auch untereinander nicht.»

**EINEN TRAUM ERFÜLLT.** Schade findet Angele, dass sich so wenig Frauen eine Tantra-Massage gönnen: «Als Sexobjekte sind Frauen überall präsent, aber eine Frau, die Lust hat, ihre Lust zeigt und die Befriedigung ihrer Lust einfordert, wird schnell als Schlampe betitelt.» Bei Frauen sei das Verhältnis zum eigenen Körper «anders als bei Buben, die schon als Baby mit ihrem Penis spielen. Bei Mädchen gibt es nicht einmal Namen für «das da unten» oder nur Schimpfwörter. Ich kenne so viele erwachsene Frauen, die keinen liebevollen Bezug zu ihrem Körper haben.»

Mit dem eigenen Studio hat Angele sich einen Traum erfüllt. «Das hat eine Por-



**PATRICK ANGELE  
DER LUST-  
VOLLE  
POLITIKER**

Der gelernte medizinische Masseur wuchs «in einer apolitischen Familie» auf. Seine Eltern arbeiteten beide in einem 5-Sterne-Hotel. In der Zeit von 9/11 in den USA und Irakkrieg entdeckte er seine Leidenschaft für Politik und landete bald darauf bei den Zürcher Jungsozialisten. Später war Angele zusammen mit Cédric Wermuth in der Juso-Geschäftsleitung, wo sie die Juso «entbürokratisierten und zur Bewegung machten». Danach arbeitete der Jungpolitiker bei der GSöA und bis im Herbst 2016 bei der Unia Zürich-Schaffhausen.

**NEUORIENTIERUNG.** Nach einer Neuorientierungsphase beim RAV wagte Angele schliesslich den Sprung in die Selbstständigkeit. Momentan zahlt er sich einen Monatslohn von 4000 Franken netto aus. Sobald alle Investitionen amortisiert sind, prophezeit er, «wird es deutlich mehr werden». Angele lebt zusammen mit seiner Frau und seinem zwei Monate alten Sohn in der Genossenschaft Kraftwerk 1 im Zwicky-Süd-Areal in Dübendorf.

tion Mut gebraucht.» Doch das Geschäft läuft gut, auch dank Auftritten in den Medien. Angele: «Natürlich profitiere ich geschäftlich von dieser Werbung. Aber: Die meisten, die zu mir kommen, tun das zum ersten Mal, und ich glaube, dass es viel ausmacht, wenn sie meine Geschichte kennen.» Inzwischen ist er zwei Wochen im voraus ausgebucht – und genießt die Entschleunigung an seinem neuen Arbeitsort: «Jetzt spaziere ich nur durch den Innenhof und kann zu Hause in Ruhe mit der Familie zu Mittag essen. Das ist Lebensqualität, das genieße ich.»



**SANFTE HÄNDE:**  
In seiner Dübendorfer Praxis bietet Patrick Angele Tantra-Massagen an – Ganzkörpermassagen, die auch intime Körperstellen einbeziehen.

**Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriff, kritisch, frech.**

**work abonnieren.**

**Für nur Fr.36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.**

Vorname/Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_  
Telefon/E-Mail \_\_\_\_\_

work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch)

**WORKIMPRESSUM** work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach 272, 3000 Bern 15 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **Fax** 031 350 24 55 **E-Mail Verlag** [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **E-Mail Redaktion** [redaktion@workzeitung.ch](mailto:redaktion@workzeitung.ch) **Internet** [www.workzeitung.ch](http://www.workzeitung.ch) **Redaktion** Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), [mariejoseekuhn@workzeitung.ch](mailto:mariejoseekuhn@workzeitung.ch); Christian Egg, [christianegg@workzeitung.ch](mailto:christianegg@workzeitung.ch); Ralph Hug, [ralphhug@workzeitung.ch](mailto:ralphhug@workzeitung.ch); Patricia D'Incau, [patriciadincgau@workzeitung.ch](mailto:patriciadincgau@workzeitung.ch); Sabine Reber, [sabinereber@workzeitung.ch](mailto:sabinereber@workzeitung.ch) **Mitarbeit an dieser Nummer** Thomas Adank, Endo Anaconda, Hans Baumann, Jörg Becher, Peter Bodenmann, Sina Bühler, Martin Jakob, Myriam Muff, Andreas Rieger, Michael Stötzel, Clemens Studer, Jean Ziegler. **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, [ninaseiler@workzeitung.ch](mailto:ninaseiler@workzeitung.ch); Tom Hänsel **Korrektur** Urs Remund **Sekretariat** Mirka Grossenbacher (Mo–Mi, Fr), [verlag@workzeitung.ch](mailto:verlag@workzeitung.ch) **Anzeigenmarketing** Cebeco GmbH, Weberstrasse 66, 8134 Adliswil, Telefon 044 710 19 91, 044 709 19 20, [anzeigen@workzeitung.ch](mailto:anzeigen@workzeitung.ch) **Druck** Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. **Übrige Abonnenten:** Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, [abo@workzeitung.ch](mailto:abo@workzeitung.ch) **Auflage** 92 906 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.